

Bezugpreis:
Stückpreis 4,50 RM, monatlich 1,50 RM
frei ins Haus, voraussetzbar Einzelne
Nummern 10 Pf. Postversand: Monatlich
1,50 RM. Unser Streifenband für
Zeitungsläden und Einzelverkauf 1,50 RM.
für das übrige Ausland
4,50 RM. monatlich. Versand ins Reich
bei direkter Bestellung monatlich 1,50 RM.
Postbestellungen nehmen an: Zöcher-
markt, Holland, Burenstraße, Schwaben
und die Schweiz. Einzelnummern in die
Post-Verbindungs-Preisliste.
Verkaufsstellen überall.

Verlags- und Adressen:
„Sozialdemokrat Verlag“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 22. Februar 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Bestätigung des russischen Funkipruchs.

Die russischen Volkskommissare sind der Aufforderung,
ihre Friedensangebote schriftlich zu bestätigen, schon am Mitt-
woch nachgekommen. Die Ueberbringer des Bestätigungs-
schreibens haben gestern bereits die deutschen Linien passiert.
Sie kommen als Sendboten Lenins und Trozkis, die, ent-
gegen allen über Schweden kommenden Gerüchten, noch immer
an der Macht sind.

Unter diesen Umständen muß die Nachricht sehr über-
zeugend sein, daß Herr v. Kühlmann gestern abend dennoch
über Wien nach Bukarest begeben hat. Juvor hatte es ge-
heißt, der Staatssekretär habe infolge des neuen russischen
Friedensangebots seine Bukarester Reise aufgegeben und werde
sich bei den Verhandlungen mit den Rumänen durch Herrn
von Rosenberg vertreten lassen.

In seltsamem Gegensatz zu Herrn v. Kühlmanns Dis-
positionen steht folgendes offizielles Telegramm aus Wien:
Die die Blätter melden, war beabsichtigt, daß der Minister
des Auswärtigen Graf Czernin heute abend nach Bukarest abreife.
Da diese Absicht verwirklicht wird, ist gegenwärtig noch nicht
gewiß, da die Wendung, welche in der russischen Friedens-
trage durch den Funkipruch Trozkis eintrat, es vielleicht
dem Minister als notwendig erscheinen lassen wird, andere Ver-
sügungen zu treffen.

Die deutsche Absicht scheint dahin zu gehen, die Russen
warten zu lassen und erst einmal mit den Rumänen zum
Abschluß zu kommen. Möglicherweise würden dabei bezüglich
Wesparahians Abmachungen getroffen werden und dann
läme man mit vollendeten Tatsachen zu den Russen.

Die Unstimmigkeit, die zwischen der deutschen und der
österreichischen Ostpolitik besteht, macht sich auch sonst an
manchen Anzeichen bemerkbar. Nach dem „Berliner Lokal-
Anzeiger“ sollen sie sich bereits in einem kleinen diplo-
matischen Zwischenfall entladen haben. In
Berlin fühlte man sich nämlich darüber verletz, daß
das amtliche k. und k. Korrespondenzbureau den Protest des
österreichischen Botschafters, der scharfe Angriffe auf die deutsche
Politik enthielt, ohne Zusatz wiedergegeben hat. Der „Lokal-
Anzeiger“ will wissen, daß der deutsche Botschafter
in Wien beauftragt sei, sich wegen dieses
Verhaltens des Korrespondenzbureaus mit
dem Wiener Auswärtigen Amt in Verbindung
zu setzen. Das Berliner Blatt, das sich, mit Recht oder
Unrecht, sichtbar den Anschein der Objektivität gibt, bemerkt
dazu in strengem Ton:

Man darf der Erwartung Ausdruck geben, daß die öster-
reichische Regierung es auf die Vorstellungen unseres Botschafters
hin nicht bei formalen Entschuldigungen bewenden
lassen, sondern auch dafür sorgen wird, daß Fälle dieser Art sich
nicht mehr wiederholen werden.

Die Sprache der österreichischen Blätter, die in den letzten
Tagen zum Teil schon ziemlich gereizt war, dürfte aus diesem
Anlaß nicht lebendwürdiger werden.

Der Hauptauschuss des Reichstags hat gestern den
Ukrainefrieden angenommen. Zugleich wird aus London be-
richtet: „Graf Ladislaus Sobanski empfing vom Aus-
wärtigen Komitee ein Schreiben, in dem Balfour ihm als
Vertreter des polnischen Nationalkomitees in
London mitteilte, daß die englische Regierung ihren Agenten
in Kiew aufgetragen habe, die Erklärung abzugeben, daß sie
den kürzlich geschlossenen Frieden zwischen der Ukraine und
den Mittelmächten nicht anerkennen, und daß Eng-
land seinen einzigen Frieden anerkennen
wird, an dem Polen interessiert ist, wenn dieses Land nicht
vorher besetzt worden ist.“

Als vorläufiges Ergebnis kann man bezeichnen: Stockes
Mißbehagen über die Behandlung der russischen Friedens-
angelegenheit im Innern, Reibungen mit Oesterreich-Ungarn
und keine Aussicht auf freiwillige Anerkennung der geschlossenen
und noch zu schließenden Verträge im Osten durch die Entente,
die vielmehr versuchen will, die getroffenen Entscheidungen
durch fortgesetzten Krieg wieder umzustosen. Man sieht ein-
stweilen noch nicht die klare Politik, die uns, nach dem Ver-
sprechen des Herrn v. Kühlmann, in absehbarer Zeit den
allgemeinen Frieden bringen soll.

Die Londoner Konferenz der Entente-
sozialisten.

Die interalliierte sozialistische Konferenz wurde, wie
Neuter meldet, am Mittwoch in London eröffnet. Die
Verhandlungen der Konferenz werden bei verschlosse-
nen Türen stattfinden.

Der französische Sozialistentag ernannte
Lyoner Blättern zufolge die Mitglieder der Mehrheit
Thomas, Renaudel, Cachin und Dubreuil und die Mit-
glieder der Minderheit Longuet, Mistral, Maurin, Bour-
derson und Joffard zu Delegierten für die Londoner
Konferenz.

Winsk befehlt — Der Einmarsch in Est-
land — Vordringen zwischen Düna-
burg und Pines — Rowno befehlt — Schwere
Beute an Gefangenen, Geschützen, Eisen-
bahnwagen und anderem Kriegsgerät —
Französische Angriffe an der lothringischen
Front.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 22. Februar
1918. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht
und Deutscher Kronprinz.

Vielfach Artillerie- und Mineurwerferkampf. Ein Vorstoß in
den Argonnen hatte Erfolg.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

An der lothringischen Front war die Kampftätigkeit
in vielen Abschnitten zwischen der Selle und Plaine ge-
steigert. Starke französische Abteilungen griffen am Abend unsere
Stellungen bei Wancel, Rechicourt und Rouancourt
an. An einzelnen Stellen drang der Feind ein. Unsere Infanterie
warf ihn im Gegenstoß wieder hinaus und machte eine größere
Anzahl Gefangener.

Südwestlich von Metzlich brachten Sturmtruppen von einer
Erkundung Gejangenheit zurück.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Eichhorn.

Von der Insel Moon aus sind unsere Regimenter nach
Ueberdritten des zugefrorenen Sundes in Estland ein-
gerückt und haben Pines befehlt.

Im Vormarsch am Rigaflusse Meerbusen entlang wurden
Permigel und Bemsal erreicht. Bei Bemsal kam es zu
kurzem Kampf, in dem 500 Gefangene gemacht und 20 Geschütze
erobert wurden. Wenden wurde durchgeschritten, unsere Truppen
sich vor Bismar.

Zwischen Düna- und Pines sind wir im Vordringen
nach Osten.

Heeresgruppe Sinsingen.

Die Bewegungen gehen vorwärts. An der ganzen Front
wurden wichtige Bahn- und Straßenknotenpunkte befehlt.
Rowno wurde vom Feinde gesäubert.

Die Beute läßt sich noch nicht annähernd übersehen. Bisher
wurden gemeldet:

An Gefangenen: 1 kommandierender General, mehrere
Divisionskommandeure, 425 Offiziere und 8700 Mann.

An Beute: 1353 Geschütze, 120 Maschinengewehre,
4—5000 Fahrzeuge, Eisenbahnzüge mit etwa 1000 Wagen,
vielfach mit Lebensmitteln beladen, Flugzeuge und sonstiges un-
überschaubares Kriegsgerät.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister,
Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, 21. Februar 1918, abends. Amtlich.

Der Vormarsch im Osten dauert an. Deutsche Truppen
sind in Winsk eingerückt.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, den 21. Februar 1918. Amtlich wird ver-
lautbart:

Auf der Hochfläche von Asiago und östlich der Brenta
Artilleriekämpfe.

Die Truppen der Heeresgruppe Sinsingen sind im weiteren
Vorrücken und haben Rowno befehlt.

Der Chef des Generalstabes.

Das Februar-Ergebnis des U-Bootkrieges.

Berlin, 21. Februar. Amtlich. Im Monat Januar
sind durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte ins-
gesamt

632 000 Br.-R.-T.

des für unsere Feinde ungharen Handelschiffraumes ver-
nichtet worden. Damit betrauf sich das

Ergebnis des ersten Jahres uneingeschränkter
U-Bootkrieges

auf

9 590 000 Br.-R.-T.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Die Antinationalen und
Antiliberalen.

Gestern war man mutig im Dreiklassenhaus. Seid,
schlug man die Wahlrechtsvorlage der Regierung in Scherben.
Heute sieht es schon ein wenig lagenjammereich aus. Die
konservativ-nationalliberale Mehrheit steht ein Gesicht auf
wie die Bauern in Kortums unterblüher Lobhude, nachdem
sie den reformerischen Schulmeister aus dem Dorf geprügelt
haben. „So, wenn der gnädige Herr nicht wäre!“

Heute steht bei der Mehrheit im Vordergrund die Sorge
vor der Regierung und der Entzweiung des Volkes. Mit der
Regierung hoffen die Rückschrittlere im Tone sanften Zu-
redens fertig zu werden. Aber da ist der unangenehme
Winkel, daß die Regierung mit der Anwendung „aller ver-
fassungsmäßigen Mittel“ gedroht hat.

Es scheint, daß der Gedanke einer Landtagsauflösung
und folgender Neuwahlen doch recht peinliche Gänje-
hautempfindungen selbst bei hartgeblotteten Reaktio-
nären auslöst. Denn anders ist es kaum zu erklären, daß
die gesamte reaktionäre Presse heute wie auf einheitliches
Kommando der Regierung Karzumenoch sucht, daß zu einer
Auflösung des Abgeordnetenhauses noch gar kein An-
laß vorliege. Mit auffallendem Eifer erklären selbst Blätter
wie die „Deutsche Tageszeitung“, daß die Abstimmung vom
Mittwoch nur einen „vorläufigen Charakter“ habe und
„schon die zweite Lesung der Wahlrechtsvorlage im Ausschuß
ein verändertes Bild geben kann“. Nach dem „Ber-
liner Tageblatt“ soll der Führer der Nationalliberalen, Abg.
Lohmann, nach der Abstimmung erklärt haben, daß diese
für die Nationalliberalen nur „einen informativen
Charakter“ (1) gehabt habe, und die „Magdeburgerische Zei-
tung“ verbreitet die Meldung, daß die Mehrheitsverhältnisse
innerhalb der nationalliberalen Fraktion, die jetzt 41
Begner und 25 Anhänger des gleichen Wahlrechts um-
fassen soll, sich bis zur zweiten Lesung der Vorlage im Ple-
num „noch erheblich verschieben“ würden.

Aber es wäre voreilig, aus diesen Äußerungen eines
schlechten Gewissens bereits irgendwelche optimistischen
Schlüsse ziehen und in der Abstimmung vom 20. Februar
lediglich eine selbstbewusste, probatorische Geste der Reaktion
sehen zu wollen. Der reaktionäre Wille ist im preussischen
Dreiklassenhaus sehr fest verankert, und wenn die vollbrachte
Tat ein anderes Urteil zeigt als die Tat, ehe sie geschehen,
so wirkt solche Erkenntnis auf gewisse Gemüter nur noch
verhärtender.

Inmitten der Stürme des Weltkriegs, nach dreieinhalb-
jähriger Dauer des Ringens gefaßt, bedeutet der Beschluß
vom 20. Februar nicht mehr und nicht weniger als eine
nationale Schande. Wenn ein Feudalherr dem Knecht,
der ihn aus dem Wasser gezogen hat, nach vollbrachter
Rettung ein paar Maulschellen verjeht, weil der
Knecht dabei beschädigt wurde — die Entzweiung könnte nicht
größer sein. Eine solche Tat würde mit Recht als Kultur-
schande bewertet werden, aber diese Maulschellen
sind nicht schlimmer und nicht verächtlicher
als die Maulschellen, die das Abgeordneten-
haus am Mittwoch dem Volke verjeht hat, dem
gleichen Volk, dessen heldenhafte Aufopferung
jedes einzelne seiner Mitglieder Existenz und Dasein
verdankt.

Die Hauptverantwortung für diese nationale
Schande trifft die nationalliberale Partei und
ihre vier Mitglieder, die gegen das gleiche Wahlrecht gestimmt
haben, die Herren Lohmann, Gaußmann, Böw-
ling und Künzer. Von den Konservativen konnte schließ-
lich niemand viel Besseres erwarten, als daß sie sich rektionär,
junferlich und unbeherrschbar benehmen würden. Aber von
einer Partei, die sich national und liberal nennt, hätte
man doch etwas mehr Verständnis für nationale und für
liberale Gesichtspunkte in einem historischen Moment ver-
langen dürfen.

Da hat Herr Strefemann am Mittwoch im Reichs-
tag eine klingende nationale Rede gehalten, eine Rede, in der
viel von Deutschlands Ruhm und Ehre gesagt
wurde, so daß ein national gestimmtes Publikum auf den
Tribünen in Wallungen geriet. Zu derselben Stunde aber,
in der diese Worte ertönten, begingen keine Parteigenossen im
Abgeordnetenhause die schlimmste Tat gegen Deutsch-
lands Ruhm und Ehre: sie preßten das Volk um
das ihm feierlich verheißene Wahlrecht! Wo ist in diesem
heillosen Freisinn, das lediglich auf Mandatsrettung be-
dacht ist, etwas zu hören vom Geiste des Vertrauens,
vom Geiste der Liebe und Erkenntlichkeit zu dem
Volke, von dem man in so hohen Tönen redet? Wer die
Rede Strefemanns liest und die Tat der preussischen National-
liberalen danebenhält, der muß zu dem Urteil gelangen:
Börsen, Börsen!

Wo ist etwas von nationalem Geiste zu spüren bei Herren, die ein Wahlrecht schaffen, das den Kriegsgewinnern und Kriegswunden mit vier- und fünfjährigem Wahlrecht belohnt, den verarmten Kriegsteilnehmern und um die Existenz gebrachten Kriegskruppen dagegen in die unterste Wählerklasse zurückstößt! — Unsere geistige Festhaltung, daß nach dem angenommenen Antrag ein Kriegswunden künftig vier bis sechs, ein Kriegsinvalide eine einzige Stimme haben wird, hat selbst die „Deutsche Tageszeitung“ stützig gemacht und zu einem lässlichen Verlegenheitsgremium veranlaßt. In seiner Ratlosigkeit behauptet das Blatt, daß „der größte Teil der unbemittelten Kriegsbeschädigten bei den durch den Krieg herbeigeführten Lohnverhältnissen die ziemlich sichere Anwartschaft darauf hat, mit Hilfe der Kriegspension die Einkommensstimme zu erlangen“. Diese Behauptung wagt das agrarische Organ seinen Lesern vorzusetzen, nachdem die rheinische Statistik erwiesen hat, daß die Kriegsinvaliden ein durchschnittliches Monatseinkommen von 65 M. und 70 Pf. beziehen. Und weiter vertritt das agrarische Blatt die Kriegsteilnehmer mit der Altersstimme, als ob jetzt die über 50jährigen im Felde stehen!

Wir wären begierig, von den Nationalliberalen zu erfahren, ob diese Geringschätzung und Verhöhnung der Kriegsteilnehmer und Kriegsinvaliden, wie sie hier zutage tritt, auch von ihnen geteilt wird. Man muß es nach ihrem Verhalten wohl annehmen, es würde dies ja auch nur in das Gesamtbild des antinationalen und antiliberalen Verhaltens passen, das sie bei der Behandlung der Wahlrechtsfrage kundtun haben. Sie haben gezeigt, daß der Geist des Mißtrauens, der Bevormundung, der Entrechtung und Brutalisierung bei uns nach dreieinhalbjährigem Krieg selbst in einer Partei nicht hat überwunden werden können, die das Wort „liberal“ auf ihrem Firmenschild trägt.

Die Quittung dafür wird nicht ausbleiben! Freilich muß abgewartet werden, ob die Regierung sie erteilen wird. Einem Vertreter des „Lokalanzeigers“ hat Dr. Friedberg erklärt, daß der Beschluß der Wahlrechtskommission zunächst keine neuen Entschlüsse von Seiten der Regierung erfordert, da es sich um etwas Vorläufiges, nicht Endgültiges handelt. In seiner Spätabendausgabe verbreitet das gleiche Blatt bereits als die Ansicht maßgebender Kreise des Abgeordnetenhauses, daß die Regierung nicht zögern werde, aus den Ansichten, welche die Mittwochabstimmung eröffnete, die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Aber nicht im Sinne einer Auflösung des Abgeordnetenhauses, sondern — im Sinne eines Kompromisses mit der Mehrheit. Es wird herausgerechnet, daß die Mehrheit gegen das gleiche Wahlrecht im Plenum noch größer werden würde, daß eine Auflösung zwecklos sei und daher „glaubt man in der Annahme nicht fehlzugehen, daß die Regierung selbst überzeugt ist, einen Mittelweg finden zu müssen“.

Ein Unfall der Regierung müßte natürlich sehr schwerwiegende Konsequenzen auch für die Reichspolitik haben. Wir verlangen von der Regierung, daß sie bis zuletzt hinter ihren feierlichen Worten und Versprechungen stehe. Steht sie sich an die Spitze eines christlichen Kampfes für das gleiche Wahlrecht, so wird es ihr an Unterstützung durch das Volk nicht fehlen. Zeigt sie sich schwach, so wird das gleiche Wahlrecht doch schließlich ohne sie und über sie errungen werden. Den Nationalliberalen aber, die gegen alle Grundsätze des Liberalismus das gleiche Wahlrecht zu Fall bringen wollten, winkt die Abrechnung der nächsten Reichstagswahlen. Um noch einmal mit Horatius' Jubelstich zu reden:

„Hundertzwanzig nach altem Brauch?“
Nichtig geraten, so kommt es auch!

Schweden und Finnland.

Die schwedische Regierung gegen Intervention und Waffeneinfuhr.

Stockholm, 20. Februar. (Meldung des Svenska-Tel.-Byran.) Ministerpräsident Eben beantwortete in der Zweiten Kammer eine Interpellation des linkssozialistischen Reichstagsmitgliedes Wennerström über die Stellung der Regierung zur Interventionsfrage in Finnland sowie der Durchfuhr von Waffen.

Eben erklärte, die Regierung hege keinerlei Absicht, eine bewaffnete Intervention zu unternehmen, falls das Recht und die Interessen Schwedens nicht Kränkungen ausgesetzt seien, die dazu nötigen. Die an gewissen Stellen in Schweden gewünschte Intervention erweckt starken Widerstand in breiten Lagern des schwedischen Volkes und würde eine finnische Staatsordnung, die ihren Erfolg schwedischen Waffen verdankte, unter dem Zeile des finnischen Volkes sehr verhasst machen, gegen welches diese Waffen gerichtet wären. Die schwedische Regierung habe nicht die Absicht, das bestehende Verbot gegen die Durchfuhr und Ausfuhr von Waffen aufzuheben oder zu ändern. In dieser Hinsicht seien keine Genehmigungen für Rechnung Finnlands gegeben worden. Die Regierung könne die Bildung von bewaffneten Korps auf schwedischem Boden nicht gestatten, aber Privatleute hätten die Erlaubnis erhalten, als Freiwillige in finnische Dienste einzutreten, denselben Grundsätzen gemäß, die in anderen gleichartigen Fällen angewandt worden seien.

Die schwedische Regierung ist also fest geblieben. Vergessens haben die Interventionisten das äußerste versucht, die Stimmung des schwedischen Volkes zu bearbeiten durch das jetzt auch anderswo angewendete Mittel, aufreizende Schreckensnachrichten über die proletarischen Revolutionäre auszusprengen. Auch und weitwichtig ist die Politik der schwedischen Regierung, die es abweist, nur für einen Teil des finnischen Volkes einzutreten und es mit dem andern — der Arbeiterschaft — auf lange hinaus zu verzerren.

Stockholm, 21. Februar. (Meldung des Svenska Telegram-Byran.) Der finnische Gesandte Gripenberg hat einer Presseniedung zufolge gestern an die schwedische Regierung die Bitte gerichtet, Schweden möge in Finnland eingreifen. Das Gerücht, daß auch der englische und der französische Gesandte im Namen ihrer Regierungen die schwedische Regierung aufgefordert hätten, Finnland zu Hilfe zu kommen, wurde vom Ministerpräsidenten in der gestrigen Abend Sitzung der Kammer in bestimmtester Weise für unrichtig erklärt.

Stockholm, 21. Februar. (Meldung des Svenska Telegram-Byran.) Reichstag. Der Ministerpräsident teilte mit, daß Schweden bei einer Anzahl der europäischen Mächte die Initiative genommen habe zu einem

diplomatischen Schritt in Petersburg betreffend die Räumung Finnlands durch die russischen Truppen. Gewisse von den betreffenden Mächten hätten ihre Ansicht mitgeteilt, von den anderen sei eine Antwort bisher nicht gegeben worden. Die Regierung habe die Möglichkeit eines friedlichen Vergleichs auf Grund der völligen Selbständigkeit Finnlands untersucht und am 4. Februar den finnischen Gesandten in Stockholm ersucht, dies seiner Regierung mitzuteilen. Am 14. Februar antwortete die finnische Regierung aus Wasa, der Vermittlungsvorschlag der schwedischen Regierung sei unannehmbar und Waffenruhe unmöglich. Die Regierung müsse bedauern, daß jede Möglichkeit einer friedlichen Veilegung mithin ausgeschlossen sei. Die Regierung sei in diesem Überzeugt, daß der Vermittlungsvorschlag nicht aufgegeben werden dürfe. Die schwedische Regierung sei fortwährend bereit, ihre Dienste zu diesem Zweck zur Verfügung zu stellen. Betreffend die

Raschnahmen auf den Alandsinseln

hob der Ministerpräsident hervor, daß die Regierung in dieser Sache ihr Augenmerk darauf gerichtet habe, Gewalttaten und Unversöhnlichkeiten auf Aland zu verhindern und die Sicherheit der Aländer an Leben und Eigentum zu gewährleisten, dabei aber den politischen Fragen der Inselgruppe in keiner Weise zu präjudizieren. Die Aussichten auf einen Vergleich schienen gut, seien aber später verbunkelt durch die Ankunft und das Eingreifen eines finnischen Schutzkorps, welches die größten Schwierigkeiten für eine Vereinbarung gemacht hätte. Die Regierung sehe ihre Vermittlungen fort, die Alandsinseln und ihre Bevölkerung vor erneuten Leiden zu schützen und eine Einigung zwischen den kämpfenden Parteien zustande zu bringen über eine Räumung der Inselgruppe unter Sicherung, daß sie in Zukunft außerhalb der Kriegsergebnisse gestellt werde. Nach heute früh eingelaufenen Nachrichten scheint eine Wendung zum Besseren eingetreten zu sein und in diesem Augenblick beständen Hoffnungen auf baldige befriedigende Lösung.

Der Führer der Rechten, Lindman, forderte ein entschiedenes Eintreten Schwedens zugunsten Finnlands, das durch eine 400jährige Gemeinschaft mit Schweden verbunden sei, während Brandtling von der Regierung die Wahrung der unbedingten Neutralität verlangte und der Führer der radikalen Sozialisten, Wennerström, erklärte, das schwedische Volk wolle keinesfalls in den Krieg hineingezogen werden. Hamilton (liberal) meinte, die Erklärung der Regierung über die finnische Frage stimme mit den Anschauungen der Hauptmasse des schwedischen Volkes überein.

Die Mandchurei von den Sowjets geräumt.

Petersburg, 19. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Die Gerüchte, wonach die Sowjets eine Abteilung von freiwilligen Freiwilligen in Irkutsk gebildet hätten, die sich aus militärischen Gefangenen in russischen Uniformen zusammensetzten, und mit chinesischen Truppen in der Mandchurei ein Gefecht gehabt haben sollen, werden von den erwähnten Sowjets für vollkommen unwahr erklärt. Alle Abteilungen haben zusammen mit dem Sowjet von Charbin die Mandchurei geräumt. Die Mandchurei ist ein Lager der Gegenrevolutionäre, die sich auf chinesische Bajonette stützen.

Infolge eines überholenden Berichtes neigt die chinesische Bevölkerung dazu, die japanische Verwaltung in Tsindao als eine Besetzung zu betrachten. Die japanische Presse bestätigt, daß Japan entschlossen ist, das Gebiet nach dem Kriege an China zurückzugeben. Die Verwaltung in Tsindao verfolgt den Zweck, die Lage der Eingeborenen zu fördern.

Der Kampf um das österreichische Budgetprovisorium.

Wien, 20. Februar. Das Abgeordnetenhhaus begann die erste Lesung des Budgetprovisoriums.

Göb gab namens des Polenklubs eine Erklärung ab, worin gegen die Abtretung Chloms an die ukrainische Republik und gegen die Nichtzulassung der polnischen Delegierten zu den Preis-Litonsker Verhandlungen protestiert wird. Der Polenklub wünsche der jungen ukrainischen Republik eine große Zukunft und hoffe, daß die zwischen der ukrainischen Volksrepublik und dem polnischen Staat an den Grenzen sich ergebenden nationalen Streitfragen ohne Beteiligung Dritter in gegenseitigen Einverständnis von Volk zu Volk ausgeglichen werden. Die Bestimmung der polnischen Landes bedeute einen Triumph des deutschen Imperialismus und eine Verhöhnung des Selbstbestimmungsrechts des polnischen Volkes. Ueber das zu Polen gehörende Land habe nur der polnische Staat ein Recht zu verfügen.

Der ukrainische Abg. Dewycki begrüßte die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Ukraine durch den Friedensschluß mit der ukrainischen Republik, sowie die heutige Erklärung des Chlomaner Polenklubs, daß Polen mit dem ukrainischen Staat in ein freundschaftliches Verhältnis treten wolle. Die Ukrainer müßten jedoch gegen die Auffassung der Polen protestieren, daß der Friede auf Kosten des polnischen Volkes und des polnischen Gebiets Chloms geschlossen worden sei, auf welches letzteres Gebiet die Polen ein Recht hätten. Redner verlangte schließlich, daß zur Wahrung der Entwicklungsfreiheit der Ukrainer in der österreichisch-ungarischen Monarchie die ukrainischen Gebiete Ostgaliziens als Reichsland organisiert werden.

Abg. Winter (Tscheche) protestierte gegen den Einmarsch deutscher Truppen in Rußland, der nur bezwecke, die revolutionäre Bewegung nach Weizsäckung von Vertretern der Völker zu den Friedensverhandlungen. — Während seiner Rede apostrophierte der tschechische Sozialdemokrat Soukup den auf der Galerie befindlichen ukrainischen Delegierten Sewerul durch beleidigende Zwischenrufe, wogegen die ukrainischen Abgeordneten Trslomski und Singalawicz in scharfer Weise remonstrierten. Vizepräsident Luszar erteilte dem Abgeordneten Soukup einen Ordnungsruf und sprach das Bedauern aus, daß ein Vertreter des befreundeten Staates beleidigt wurde. (Beifall und Zwischenrufe.)

Abg. Waldner gab namens des Verbandes der deutsch-nationalen Partei eine Erklärung ab, worin er den Friedensschluß mit der Ukraine billigte.

Daszynski (polnischer Sozialdemokrat) erklärte: Durch die Preis-Litonsker Verhandlungen sei das Vertrauen der Polen gestört worden. Künftiglich werde zwischen Ukrainern und den Polen ein Eisatz-Lothringen bestehen, an welchem beide Staaten Jahrzehnte bluten werden. Anstatt daß Österreich Polen und die Ukraine unter seinen Schutz genommen und den Austausch der sich gegenseitig ergänzenden Volksträfte angebahnt hätte, hat es die ganze Führung dem Deutschen Reich abgetreten. Redner wendet sich unter lebhaftester Zustimmung der

Polen in heftigen Ausdrücken gegen das Vorgehen der Deutschen in Rumänien und Polen, wobei er vom Präsidenten mit der Bemerkung zur Ordnung gerufen wird, er könne es nicht zugeben, daß die Regierung des mit uns verbündeten Deutschen Reiches beschimpft werde.

Dr. Adler (deutscher Sozialdemokrat) verweist auf den vom Staatssekretär v. Kühlmann im Deutschen Reichstage zur Verlesung gebrachten Junkfurd der großrussischen Regierung und gibt dem Wunsch Ausdruck, daß die deutsche Regierung auch jetzt ihre früheren Bedingungen nicht als verfallen erklärt und sich zu keinen weiteren kriegerischen Operationen in das Innere Rußlands begeben werde. Wir fordern die Regierung auf, alles auf das peinlichste zu vermeiden, was als Einmischung in die Angelegenheiten der Völker Rußlands betrachtet werden könnte und warnten insbesondere vor einem Eingreifen in den Streit zwischen Großrußland und der Ukraine. Bezüglich des Budgetprovisoriums erklärte Redner, daß die Sozialdemokratie selbstverständlich nicht für das Budgetprovisorium stimmen könne. Sie kann es nicht tun, weil sie keine Lust habe, politisch oder moralisch irgendeine entfernte Verantwortung für diesen Krieg zu übernehmen. (Beifall bei den deutschen Sozialdemokraten.)

Die gebremste Opposition gegen Lloyd George.

Asquith zum Rücktritt Robertsons.

London, 19. Februar. (Neuermeldung.) Asquith, der mit einem Beifall begrüßt wurde, erklärte im Unterhause, Robertson hat ein großes Beispiel gegeben, denn nach allem, was geschehen ist, hat er seine Dienste der Regierung zur Verfügung gestellt und die Stellung angenommen, die, obwohl sie nicht in Uebereinstimmung mit seinen großen Fähigkeiten sei, die einzige war, über die die Regierung augenblicklich verfügte. Lloyd George bestätigte dies.

Asquith fuhr fort, er hätte gern gesehen, wenn die Rede des Premierministers eine Woche früher gehalten worden wäre. Das Publikum habe aus der Erklärung Lloyd Georges vom letzten Dienstag geschlossen, daß die Regierung die volle Uebereinstimmung ihrer militärischen Veranlagungen habe. Das sei aber offenbar nicht der Fall.

Asquith stellt darauf hierüber einige Fragen an Lloyd George und wartete auf Antwort. Seine Haltung rief Proteste von verschiedenen Seiten des Hauses hervor: „Sie haben kein Kreuzverhör vorzunehmen!“ Lloyd George erklärte, der Widerstand sei in der Tat sehr unerwartet gekommen, als man schon alle Schwierigkeiten überwunden glaubte.

Asquith schloß mit der Erklärung, daß er den Beschlüssen des Rates von Versailles durchaus nicht entgegengetreten wolle. Er sei der Meinung, daß der militärische Vertreter in Versailles der Vertreter des Chefs des Generalstabes sein soll. Das Publikum sagte er, ist über die jüngsten Geschehnisse beunruhigt. In den letzten zwei Monaten verloren wir Jellicoe und Robertson, die beide in hohem Maße das Vertrauen des Landes, des Heeres und der Marine einnahmen. Sie wurden zum Rücktritt gezwungen. Dem Rücktritt beider ging eine feindliche, gewissenlose Treiberei voraus. Er halte es im Interesse eines baldigen und günstigen Friedens für wichtig, daß die Stimme der parlamentarischen Kritik nicht zum Schweigen gebracht würde.

London, 20. Februar. Bei Einbringung des Seerechts im Unterhause sagte Mar. Bherston: Wir müssen auf eine baldige entschlossene feindliche Offensive vorbereitet sein. Alle Maßnahmen, um ihr zu begegnen, sind getroffen.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 20. Februar. Im westlichen Mittelmeer erzielten unsere U-Boote neue Erfolge gegen den italienischen Transportverkehr. 23.000 Br.-Reg.-Tn. feindlichen Handelsschiffes wurden von ihnen vernichtet. Unter den versenkten Schiffen befanden sich der italienische Dampfer Parlat mit Kohlen von Norzelle nach Livorno, die bewaffneten englischen Dampfer Keuminster Abbey (814 Br.-Reg.-Tn.), Stanton (440 Br.-Reg.-Tn.) und Gella (604 Br.-Reg.-Tn.), der englische Dampfer Aboukir (800 Br.-Reg.-Tn.) und der italienische Segler Volonta di Dio, dieser mit Kartoffeln nach Tunis. Vier von den versenkten Dampfern wurden aus ein und demselben gesicherten Geleitzug, einer aus Beschießung herausgeschossen.

Von dem bewaffneten italienischen Dampfer Parlat und dem englischen Dampfer Aboukir wurden die Kapitäne als Gefangene eingebracht. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Kleine Kriegsnachrichten.

Kriegsbrief. Der Petersburger Korrespondent des „Giornale d'Italia“ teilt mit, daß man für den von Trotski durch seine Erklärung geschaffenen Zustand den neuen Begriff „Kriegsbrief“ geprägt habe und nunmehr anwende.

Letzte Nachrichten.

Die rumänischen Friedensausichten.

Berlin, 21. Februar. Die „Wiener Mittagszeitung“ vom 20. Februar 1918 bringt eine offenbar inspirierte Mitteilung, in der es nach einer Warnung vor boreiligem Optimismus heißt: Was Rumänien betrifft, so ist kein Anzeichen dafür vorhanden, daß die Rumänen der realen Sachlage Rechnung tragen und die Konsequenzen aus ihren Niederlagen — besonders hinsichtlich der berechtigten bulgarischen Forderungen — ziehen wollen. Für uns ist die Angelegenheit nicht brennend. Wenn Rumänien, dem der Friede unabwiesliches Bedürfnis ist, geneigt ist, auf vernünftiger Basis mit uns zu verhandeln, wird es uns bereit finden, wie und die Volkswirtschaft bereit finden, denen gegenüber wir wohl das Höchstmögliche von Gerechtigkeit befehlen. Gegen Rumänien anders vorgehen, so hat es sich die Folgen selbst zuzuschreiben.

Die Londoner Konferenz der Entente-Sozialisten.

Man hofft, daß die Delegierten am Freitag vollständig erschienen sein werden. Ueber Amsterdam wird noch gemeldet, daß der Kongreß wahrscheinlich drei Tage dauern wird. Jede der Kommissionen wird eine besondere Erklärung über das Kriegsziel aufstellen.

Charles Humbert unter Anklage.

Paris, 21. Februar. Nach dem „Temps“ wird der Militärgouverneur von Paris vom Senat die Ermächtigung zur Verfolgung von Charles Humbert verlangt. Das neue Verlangen wird gestellt wegen Einverständnis mit dem Feinde, das dem Militärgericht überwiesen werden muß.

Ins Herz der Ukraine.

Ins Herz der Ukraine führt die deutsche Streitmacht, die beiderseits von Zug den Vormarsch angetreten haben, die Bahnlinie, die über Kowno nach Verditschew und von da weiter nach dem alten Minsk führt. Es ist dies die uralte, für das Völkervereinigung und Handelsleben des europäischen Ostens hochbedeutende Straße, die Polen mit dem Gebiete des Dnjepr und Südrussland verbindet, und auf der sich schon seit vielen Jahrhunderten, wie die Heereszüge der Eroberer, z. B. der Mongolen im 13. Jahrhundert, so auch die friedlichen Züge des Handelsverkehrs bewegt haben. Auf dieser Straße hat Wolhynien von jeher den Reichtum seiner Wälder den Gebieten Polens, Galiziens, Ostdeutschlands zugeführt. Diese Bahnlinie ist aber zugleich auch geographisch von besonderem Interesse, denn sie bezeichnet die Mittellinie zwischen den beiden verschiedenen Teilen, aus denen das wolhynische Land besteht. Das nördlich dieser Linie liegt — so kann man im ganzen und großen das geographische Verhältnis kennzeichnen — ist von anderer Natur, als was sich südlich davon ausbreitet. Den Norden beherrscht jenes ungeheure Sumpfgebiet des Pripietflusses, die Polische, an deren Westrand der deutsche Vormarsch bisher Halt gemacht hatte, und die alle großen Heerstraßen und Bahnwege fast durchweg in weitem Bogen umgeben. An sie schließt sich eine Ebenenlandschaft an, deren hauptsächlichste Elemente Wälder und Sümpfe sind. Die Wälder dieses Bezirks sind reich und mannigfaltig; der beherrschende Baum ist die Fichte, die mächtigen Streden mit ihrem dunkeln Nadelkleide das Gepräge aufdrückt; aber auch herrliche Eichen- und Buchenbestände, Birke, Erle und Eibe gedeihen reich auf diesem sumpfbestandenen Boden.

Überblicken wir dann aber die Bahnlinie, so befinden wir uns in einem anderen Gebiete: in der Plattenlandschaft von Süd-wolhynien, und damit haben wir die große Platte der Ukraine erreicht, die sich in einer mittleren Meereshöhe von 200 bis 250 Metern bis zum Schwarzen Meere erstreckt. Hier bietet die Landschaft ein anderes Bild: sie zeigt sich gewaltige Ackerflächen, von waldbedeckten Hügeln umäumt, breite, flache Flußtäler mit sanften Gehängen und verimpften Talböden. Sie man sieht, ist es eine uralte, irrtümliche Vorstellung, sich diesen Teil der Ukraine als eine wüste, grenzenlose Ebene vorzustellen. Das ist um so weniger der Fall, als von Galizien und Bessarabien her das dortige Hoch- und Hügelland mit fruchtigen Ausläufern nach Süd-wolhynien vordringt. Es erreicht seinen Höhepunkt in dem malerischen Hügellande von Dubno, wo es bis zu 240 Metern ansteigt. Auf diesen Höhen haben die Flüsse ihren Ursprung, die dem Pripiet zufließen, und hier ist auch die Geländebildung der Anlage von Befestigungen am günstigsten gewesen. So ist hier das bekannte Festungsdreieck Luzk, Dubno, Kowno entstanden. Das sind heute längst vergessene Wälder, die nur jetzt durch den Krieg wieder in das Schweinerverlicht der Geschichte gerückt worden sind. Aber die Geschichte, die sie hinter sich haben, ist lang und bewegt genug. So bildete Luzk einst die Hauptstadt eines eigenen wolhynischen Fürstentums. Dubno ist sehr malerisch auf einer Halbinsel gelegen, die der Wisnuflyß beinahe ganz umströmt, und die Festungsanlagen werden vollendet durch Kowno, das noch in der Mitte des 18. Jahrhunderts die glanzvolle Residenz der Fürsten Lubomirski war. Heute sind all diese Städte nur noch Handelsplätze, die fast durchweg von den Juden beherrscht werden. Denn wenn auch die Juden nur etwa 13,2 Prozent der Bevölkerung bilden, so sind sie doch fast ganz in den Städten zusammengekömmt, wo sie das in der Zeit der Polendominanz verdrängte ukrainische Bürgertum ersetzt haben. In den mittleren und kleineren Städten bilden die Juden oft die Hälfte, ja selbst einen noch größeren Bestandteil der Bevölkerung.

Eist im Süden stößt die Bahnlinie in das eigentliche Schwarzmeergebiet vor, jenen Teil der Ukraine, auf dem ihr uralter Reichtum beruht. Sonst herrscht in Süd-wolhynien Lehmsandboden vor, der jedoch gleichfalls sehr ergiebig ist. So ist es erklärlich, daß auch dieser Teil der Ukraine zu den wohlhabendsten und bevölkerterten Bezirken Russlands zählt. Die Bevölkerung von Wolhynien wird auf vier Millionen berechnet, und die Landwirtschaft, die sich hauptsächlich auf Getreide- und Hülsenbau sowie die Kultur von Öl- und Gelpflanzungen bezieht, hat einen recht guten Stand erreicht. Nur durch eine Seitenlinie an den Hauptstrang angeschlossen ist die Hauptstadt von Wolhynien, Schitomir, deren Name germanischen Ursprungs ist und auf einen der alten Waräger zurückzuführen dürfte. Schitomir ist bekanntlich zurzeit der Sitz der ukrainischen Rada; es ist eine lebhaft, treckenreiche und handels-tätige Stadt. Die Hauptlinie der Bahn aber legt ihren Weg unmittelbar gegen Südosten fort und erreicht in Verditschew das Gouvernement Kiow. Dort ist das Herz der Ukraine bereits erreicht

und alle Straßen führen zum sagenreichen Dnjepr, dem heiligen Fluße der Ukrainer, in dessen Fluten sich die Kuppeln und Türme Kiews spiegeln.

Fröhliche Stunden im Lazarett.

Ueber Warichaus Dächern und Giebeln hängt Sonnenchein. Wir atmen Höhenluft im vierten Stock einer technischen Schule, Höhenluft, die vermengt ist mit dem Geruch von Jodoform, Baldriantropfen und anderen Medikamenten. Aber was schadet dies? Die Luft ist noch gut genug; die Ruhe tut alles übrige im Verein mit guter Pflege und Aufzucht, natürlichem und künstlichem Lachen der Schwestern und Wärter. . . . Western frohen schwarze Schneewolken über uns hinweg, Wolken die an unser Dach stießen und nach einer Stunde ihre Fülle ausschütteten und die Straßen Warichaus in Weiß kleideten. Am Abend bräunte ein Orkan über die Stadt. Dröhnend und zerrend kletterte das Ingebeuer an der Fassade unseres Hauses hoch, aber die Dächer, die Schornsteine und Dachlaken, um sich loszülösen wieder hinab-zustürzen in den Hof, daß es bröckelte auf den Felten der schlafenden Krankenautos. Die Nacht hindurch klopfte durch die hohen Fenster an der Straße gepeitscht das Licht, so schweißig gelb als kaum das Gas der Beleuchtung aus einem Reiter, und nicht aus einer lärmlich gespeisten Gasanstalt. Kräftige Nacht, in der man die Decke ganz über den Kopf zieht und den lieben Gott walden läßt. . . .

Und nun am Morgen Sonne, Sonne. Unsere Augen leuchten bei dem Ausblick über die Stadt. Durch und durch ist nun so mancher gar nicht mehr krank. Eine gehobene Hoffnungslimmung, die den Menschen neu macht! Hinter hohen Fenstern, im warmen Raum Januarionne, ein lodender, blauer Himmel über dem Stadelsenturm, der früheren russischen Zwingburg — Medizin für die Ärzte, Heilung für die Kranken. Und hauptsächlich bei den Leichtkranken, bei uns, von denen der Stabsarzt im Feldlazarett gesagt hatte: „Kinder, die Kriegsmüdigkeit ist doch die schlimmste Krankheit.“ Wir lachten damals mit ihm, denn das Weinen hätte keinen Zweck gehabt, wenn sich so ein Arzt seinen Reim macht. Und nun breitete neben dem roten Kreuz der weiße Adler seine Fittiche über uns aus. Die Stadt mit ihrem Getriebe wirkt ganz anders auf die Nerven wie die ewige Welt-abgegriffenheit der Feldlazarette. Die Sehnsucht nach dem pulsierenden Leben erbebt ihr Haupt, und neues Wollen und Verlangen hebt so manchen Kranken empor. — In einem Saal von 80 bis 100 Menschen liegen, buntgeparbelt wie das Laub im Walde, herrscht nicht immer Trauer und Bitternis, sondern auch der Kummer, der alle Wogen dieses bewegten, langen Kriegs-lebens glättet (aber es verflucht). Es währt nicht lange, so ist der Kontakt zwischen bis dahin ganz fremden Menschen hergestellt, Leidensgenossen! Gemeinamletten aber! der große Saal eine findende Entzerrbarmonie. Erwachsene werden wie die Kinder und spielen wie diese. Immer wieder muß der Mensch hundertsteigen in das naive Reich der ewig-lustigen Kinderwelt, um die Schwärzen des grauwägen Wirklichkeitslebens auszuwerfen. Es gibt Kläder (wenn auch trotz aller Werbetrömmeln nicht in großer Fülle), Schreib- und mancherlei andere Spiele, doch manche Stunde muß Humor und Wit unter den Kranken selbst einbringen, um über alle Klippen des Lebens hinwegzuhelfen.

Und es ist auch meistens Galgenhumor, auch der größte Verzweifler und Bessmiffist nuppt vom goldig perlenden Becher des Spenders, und lacht mit und vergißt seine Krankheit auf einige Zeit. — Heute gab es eine ganz neue Art der Lustigkeit, eine Art Lustspiel, die sich auf den Brettern hätte sehen lassen können. Es probuzierte sich ein „Stabsarzt“, der wahre Nachhallen auslachte. Er ging mit einem Hörrohr aus Papier von Bett zu Bett, „seine“ Kranken unterwühlend. Mit sachmännlichem Griff bespötte er mit dem medizinischen Ratelfinger seine sich ernsthaft ergebenden Kranken, und distillierte seinem Schreiber den Bestand ins Krankenblatt. Bei einem erst gestern abend spät eingetroffenen Kranken erweckte er den Eindruck eines echten Arztes, und mit viel Interesse hörte er das lange Register der Schmerzen und Beschwerden an, das der Kranke ihm vortrug. Folgende Verordnungen und Untersuchungsresultate, die er seinem Schreiber ins Krankenblatt distillierte, machten den Kranken aber doch stumm: „Lungen o. V. Herzschlag normal, bei Aufregung leichtes Klopfen, Töne abends gedämpft. Sehr guter Ernährungszustand (in Wirklichkeit ein sehr magerer Kranke); täglich 30 Gramm Aspirin und 1/2 Z. Jodkali. Sonst im höchsten Grade schmerzlos (während in den Mund schauen); Jagen sie mal „neumannneunzig“ so oft es geht.“ Der Kranke ruft wohl an awanjanmal „neumannneunzig“, bis er doch merkt, es kann nicht der richtige Arzt sein. . . . Der Erfolg ist da. Der ganze Saal wälzt sich vor Lachen, und weiter geht der muntere Arzt von Bett zu Bett, „seine“ Kranken unterwühlend. C. S.

Kammerspiele: „Der schwarze Handschuh“.

Eine lyrische Phantasia von Strindberg.

Die literarische Mode, die lange Zeit von Strindberg laun-lich nach ihm, gefüllt sich nach dessen Tod in einem Krutis, der selbst noch die Schängel und Abfälle aus der Werkstatt seines Schaffens andächtig verehrt. Nur so erklärt es sich, daß beispielsweise das Passionspiel „Osfern“, in dem des erkrankten Dichters Glaubens-lebhaft einen banalen Komödienstoff mit dem Glorienkette ge-dennnisvoller Gottesföhung verklärt und nun auch diese noch un-gleich schwächere „lyrische Phantasia“ auf die Bretter kommen konnte. Was es dort in allen Stücken immerhin doch „eine Wärdens-gestalt, die Interesse hatte, so zerfällt hier mit der Handlung auch die Charakteristik ganz in Unbestimmte und Beziehungslose. In der Wärdens-gestalt des Titels, der die Rebensföchtigkeit, daß ein verlorener schwarzer Handschuh der Weiserin zurückgebracht wird, zur Kenn-zeichnung des Stüdes verwendet, spiegelt sich der Wirrwarr, der in dem Werke selbst herrscht, gleichsam symbolisch wieder. Von wirk-lichem Weisheitsempfinden läßt sich, wenn auch ein Weisheits-mann und ein sehr fröhlicher weiblicher Weisheitsengel herauf-beiworben wird, kein Hauch verspüren. Die kindliche Einseitigkeit, die in einzelnen Wendungen zutage tritt, verzerrt sich zur Porzellanheit.

Das Haus, das sich die beiden Weiser zum Schauplatz ihrer Tätigkeit erkoren haben, ist mit allem profanem Komfort der Neuzeit, elektrischer Beleuchtung und einem Parfümstift ausgestattet. Da wohnt die schöne junge Mutter, die nach dem Zeugnis ihres Ehemannens von unaussprechlicher literarischer Gemütsart ist, mit höchstem Bewußt und Mithrauen die Umgebung quält; und oben in der Konstante haust ein einsamer Gelehrter, eine groteske Haus-laritur, der sich nach sechsjähriger Sammler- und Rechnerlei ganz ernsthaft einbildet, dem Belträtzel auf die Spur gekommen zu sein. Er entsuppt sich dann nach seinem Tode nebenher als Vater der geläuterten Dystischen. Das Mädchen liegt dem Alten und dem Portier sein Leid, daß die Gnadige sie verdrängte, den Ring, der ihr verloren ging, gestohlen zu haben. Der Weihnachts-engel aber gibt keinen gütigen Untergeißel, zur Strafe für die Hartbarkeit der Dame ihr vergöttertes Mädchen aus der Wiege zu entführen. Eigenes Leiden mag sie zu dem Gefühle ihres Unrechts leiten, dann soll sie das Geliebte als Weihnachtsgabe zu-rückhalten. Der Weihnachtsmann treibt in der Zwischenzeit Klitoris, schießt den von der Dame verlorenen Handschuh, in dem der Ring liegt, schmuggelt ihn in die Wohnung des Alten, bringt dessen Bibliothek in Unordnung und legt nach diesen Missetaten in einer philosophischen Dissertation mit dem Gelehrten Proben seines Scharfsinns ab. Die Belträtzel-Lösung dieses Strindbergschen Fortschers besteht in einem Monismus, einer All-Einheitslehre, die überwiegend von Einseitigkeit die Gegenstände, in dem alle Dasein sich bewegt, vollständig überleben hat. So läßt sich denn sein billiges Dogma durch eine billige Dialektik nach Belieben aus dem Sattel heben, die „Wissenschaft“ in ihre Schranken weisen. Er stirbt, das Mädchen bekommt den Handschuh mit dem Ring und bringt ihn der Dame, die, beschämt um Verzeihung bittend, zu Boden sinkt. Da sie noch überdies zu dem Verstorbenen, dem Vater, eilt, um ihm als gute Tochter die Augen zuzubringen, ist der Weihnachts-engel sehr befriedigt, läßt sie das Mädchen in der Wiege wiederfinden.

Regie und Inszenierung, für die Hermine Körner zeichnete, waren im ganzen den Absichten des Dichters sehr sorgfölig angepaßt. Sehr gut Herr Galkorff als der gerühmt ethische Portier und Werner Krauß in der Gestalt des Alten. Johanna Terwin, in vielen ausgezeichnet, erreichte in der letzten Szene freilich nicht die Kraft befreiten mütterlichen Jubels, wie man sie beim Wieder-sehen des Kindes hier erwartet. Fr. Leilo gab das Mädchen natürlich und sympathisch. Sehr eigenartig und nuancereich war Hedwig Fehlbilds Weihnachtsmann. Daß die Gestalt tropfen-falt ließ, lag wohl am Dichter selber. Das Publikum folgte ihm schweigend ohne Beifallsäußerung. A.

Notizen.

Das Wäldner-Orchester unternimmt auf Ver-anlassung des Auswärtigen Amtes im April eine Konzertreise nach Rumänien und Ungarn. In Bukarest finden fünf große Sinfonie-konzerte statt.

Das Erwachen des Vesubs. Prof. Malagrar hat bei einem Besuch des Geowissenschaftlers festgestellt, daß der Kratergrund sich etwa 12 bis 15 Meter im Durchschnitt nach Nordosten aus-gedehnt hat. Es ist das eine Folge der Ausbrüche, die in den letzten Dezembertagen des vorigen Jahres erfolgten. Es hat sich ein neuer Ausfluß gebildet, der eine Höhe von 40 Meter erreicht. Die Wandung dieses neuen Kegels ist sehr litz und wirft alle Minuten Millionen brennender Steinchen und Steine her-aus. Die Lava durchfließt einen großen Teil der Hochfläche des Kraters unterirdisch und tritt erst an der äußersten Nordostgrenze zutage.

Töchter der Hekuba.

Ein Roman aus unserer Zeit von Clara Viebig.

Und ebenso ging es jetzt mit dem Kleid. Ehe sie wußte, wie es kam, war ihr die Wollbluse, der wollene Rock vom Leibe gefallen, über sie sank das Hochzeitgewand. Die Seide hülfte sie ein, weiß und weich, der duftige Schleier war wie eine Wolke; sie ward gehoben, getragen. Ein schönes Bild lächelte sie ans dem Spiegel an, ein Wesen aus den seligsten Söhen. Nun war sie nicht Gretchen Dietrich mehr, das einsame Mädchen, das vor Sehnsucht verächnachtet — sie war geliebt, begehrt, sie war eine Braut am Hochzeitstag. Gleich, gleich trat er ein, der sie begehrte — ha, da war er schon! Hastig fuhr sie herum, ihr lächelndes Gesicht wurde noch lächelnder, mit einem leisen Schrei streckte sie die Arme aus: „Kommst du?“

Wie aus weiter Ferne Klang es, und doch so nahe: „Ich komme zu dir!“

„Wo du hingehst, will ich auch hingehen!“

Sie sank ihm an die Brust, er schloß die Arme um sie, fest, fest; so fest, daß sie ächzte. Aber sie entwand sich nicht seiner Umarmung. Mochte es auch weh tun — oh, so weh! — sie presen wie in einem fürchtbaren Krampf, der die Brust einschnürt, den Atem verlängert, den Herzschlag anhält, so, so nur war ewige Liebe! Sie lag ganz hingegenen, sie schloß die Augen. Dunkel, dunkel, nichts sehen, nur hören, was er flüsterte.

Es flüsterte in ihrem Ohr: „Ich liebe dich!“

Sie flüsterte zurück: „Ich liebe dich!“

„Du bist jetzt mein!“

„Ich bin jetzt dein!“

Er nahm ihr den Kranz aus dem Haar, sie ließ ihn sich ruhig nehmen. Da lag er am Boden, der schöne Kranz! Sie wollte sich blüden ihn aufheben, aber seine Hand hielt sie zurück: „Laß ihn liegen, du brauchst keinen Kranz.“

„Ich brauche ihn, ich brauche ihn wohl. Man setzt mir den Wirtenskranz auf im Sarg.“

„Wo wir hingehen, gibt es keinen Sarg; da ist ein Bett nur, der Freuden voll, da ist ewige Lust.“ Er stieß den Kranz mit dem Fuß beiseite. „Kommst du mit mir dazu?“

Ihre Hand sah sie nach dem Schleier, sie riß auch den vom Kopf; „Ich komme mit!“

Er war hastig und ungesümm, er konnte es nicht erwarten. „Komm doch, so komm doch!“

„Meine Mutter, was wird die sagen? Die grämt sich um mich.“

„Was Mutter, was grämen“, — du bist jetzt mein, komm du nur, komm!“

„Lieber, Geliebter, ich will meinen Mantel anziehen, daß die Leute mein Kleid nicht sehen, mein weißes Kleid, das leuchtet so weit.“

„Nehle deinen Mantel an, damit niemand dich sehe, aber dann komm, komm! Ich habe nicht Zeit. Es ist Krieg. Ich fliege über die ganze Welt; me bin ich so eilig gewesen wie jetzt. Komm, Gretchen! Komm, Mädchen! Komm, liebste Braut!“ Seine Stimme klang schmeichelnd.

Es zog sie fort mit Liebe, es zog sie fort mit Gewalt. Es gönnte ihr kaum Zeit, den Mantel über ihr Hochzeit-gewand zu werfen. Sie ließ in der Stube alles zurück: Kranz, Schleier, ihr tägliches Kleid. Das lag alles am Boden. Die Mutter würde es schon finden, in Ordnung bringen, aufheben. Sie warf keinen Blick mehr zurück. Fünf-hundzwanzig Jahre hatte sie hier gelebt, hier in diesen Räumen, hier war sie geboren, hier hatte sie als Kind ge-lacht, gespielt, ihre ersten Wieder gesungen, ihre ersten Tränen geweint, ihren ersten Traum geträumt. Hier war ihr Vater gestorben. Hier hatte ihre Mutter sie lieb gehabt, für sie ge-sorgt, um sie geortet. Das war alles nichts.

„Komm, Gretchen, komm!“ —

Als Frau Dietrich in das eintrat, erwiderte niemand ihr „Guten Abend“. Sie war eher wiedergekommen, als sie eigentlich beabsichtigt hatte; kein Zureden der Schwester, doch zum Abendrot, das heute, dem Geburtstag zu Ehren, reichlicher als sonst war, dazubringen, hatte sie halten können. Sie mußte nach Hause, sie mußte nach Hause. Es trieb sie. Gretchen war doch jetzt immer so merkwürdig, es war nicht gut, daß sie die so lange allein gelassen hatte. Noch war es nicht ganz dunkel, der Märzabend nicht vollends hereingebrochen. Sie sah es weiß am Boden schimmern, und dann stolperte sie: was war das? Um ihren Fuß hängte sich etwas. Kleine künstliche Knospen aus Wachs, weiße Blüten, zertretenes Grün. Wie ein Totenzweig, übergläubig übertrieben sah sie sich um.

„Gretchen!“

Keine Antwort.

Die Hände der Mutter, die unruhig nach den Streich-hölzern suchten, waren so ungeschick, daß ein Streichholz nach dem andern aufzuckte und erlösch. Endlich brannte Licht. Da lag der dunkle Rock, die dunkle Wulst am Boden, die Gretchen heute angehabt hatte, und drüberhin wand sich wie eine Schlange ein langer weißer Schleier. Was war das, was war denn das? Ein unklares Entsetzen lähmte die Frau, sie stand ganz starr. Wie kam das hierher, Draufschleier und Kranz?

„Gretchen! Gretchen!“ Der Ruf der Mutter geüßte durch die leere Wohnung. Was hatte die Tochter nun wieder an-gefangen? Und fort war sie. Frau Dietrich riß den Schrank auf; ihre Sachen waren alle da. Nur der Mantel am Haken fehlte. Wo war sie hin? Zur Bahn, der Mutter entgegen? Ach nein! In ihrer Freundin, Fräulein Hieselhahn? Ach nein. Sie war ja menschenscheu, sie ging zu niemandem mehr. Vielleicht hatte sie wieder einen Brief geschrieben, trug den nun gerade zur Post? Ach nein. Es könnte wohl sein, aber es war nicht so. Das flüchte die Mutter plötzlich dentlich. Gretchen war fort, Gretchen rannte draußen unger, von irgend etwas getrieben. Und es wurde Nacht. Wie lange mochte sie schon fort sein? Wenn sie doch wiederkäme, wenn sie doch bald wiederkäme!

Zitternd leuchtete die Frau in alle Winkel, sie suchte eine Spur. Und plötzlich fing sie an zu weinen in großer Angst: ihr Kind, ihr Gretchen, wenn dem nur nichts Schlimmes widerfährt. Sie riß das Fenster auf und spähte hinaus.

Die Straße war leer, sonntäglich still. Drüben auf der anderen Seite stand ein verlausener Hund und winselte. Es hörte sich lächerlich an.

Die Verhängnisse sah nach der Uhr: sie stand auf vier. Ein Stuhl war darunter gerückt, das Glasflöchen, das den Regulator verschloß, stand geöffnet — um vier war sie also noch hier gewesen. Sie klagte maulmännlich: „Die Uhr, die Uhr, die dröhnt mir im Kopf“ — die hatte sie da wohl an-gehalten. Nun war es Stunden später.

Die Kirchenguhr schlug. Die Frau zählte: Gott im Himmel, was's nur möglich, schon neun? Ich wäre sie doch nicht fortgegangen, hätte Gretchen nicht allein zu Hause ge-lassen! Nein, und Gretchen noch immer nicht da!

(Fortf. folgt.)

Ein Geheimabkommen gegen die Industrieangestellten.

Die Freizügigkeit der kaufmännischen und technischen Angestellten war bekanntlich schon in Friedenszeiten durch Konkurrenzklausein in erheblicher Weise beschränkt worden. Der zur Nachbesserung derartiger Klauseln angebotene Grund, daß sich die frühere Firma beim Stellenwechsel gegen den Verrat von Geschäftsgeheimnissen an den neuen Arbeitgeber des Angestellten schütze, ist dabei in den meisten Fällen nur ein Vorwand. Der eigentliche Zweck dieser Freizügigkeitsbeschränkungen ist der Druck, der durch den erschwerten Stellenwechsel auf das Gehalt des Angestellten ausgeübt wird. In erhöhtem Maße tritt die lohnwürgende Tendenz bei den sogenannten „Geheimen Konkurrenzklausein“ in die Erscheinung, die schon seit vielen Jahren zwischen Firmen bestimmter Spezialbranchen vereinbart wurden, aber diesmal nur in vertraulicher mündlicher Absprache zustande kamen, so daß immer nur in einzelnen Fällen gegen bewährte Klausein vorgegangen werden konnte. Die Öffentlichkeit wurde zum erstenmal im Jahre 1908 auf ein solches Abkommen der Berliner D-Banken aufmerksam. Es handelte sich um eine geheime Vereinbarung von vier Großbanken, wonach kein Bankangestellter aus den beteiligten Firmen ohne vorherige Genehmigung seines bisherigen Arbeitgebers eingestellt werden durfte. Die Möglichkeit durch Verweigerung bei einem anderen Unternehmen eine Gehaltserhöhung zu erfahren und damit das materielle Fortkommen des Angestellten werden auf diese Weise gewaltig unterbunden. Die Angestellten solcher Betriebe sind also gezwungen entweder zu den ihnen vom jeweiligen Arbeitgeber bewilligten Gehältern zu arbeiten oder sich aus der Spezialbranche auszuschließen, für die sie auf Grund ihrer bisherigen Berufstätigkeit besonders qualifiziert sind. Diese geheimen Konkurrenzklausein verletzen nicht nur gegen den Grundsatz der Freizügigkeit, sondern bilden darüber hinaus auch eine gegen die guten Sitten gewöhnliche Vereinbarung. Ihre besonders verwerfliche Art ergibt sich vor allem aus dem Geheimhaltungscharakter. Die betreffenden Unternehmen verfügen über die Geschäftsgeheimnisse von Angestellten, ihre Einstellung und ihr Fortkommen, ohne darüber ein Wort mit dem anderen Kontrahenten des Dienstvertrages zu verhandeln. Das ganze Abkommen, in dem über das Schicksal von Tausenden von Angestellten entschieden werden kann, wird sogar ausdrücklich immer gegen die betroffenen Angestellten geheim gehalten. Die Wiederholung von den Angestelltenverbänden unternommenen Versuche, die gesetzgebenden Körperschaften zum Beschluß entsprechender Strafklausuren gegen die Vereinbarung geheimer Konkurrenzklausein zu bewegen, waren ohne Erfolg geblieben. Infolgedessen haben sich die Unternehmer immer wieder auf diesen dunklen Weg begeben und nur selten ist es möglich, den Nachweis für das Vorliegen der geheimen Konkurrenzklausein zu führen. In letzter Zeit ist es dem Bundes der technischen Industriellen Beamten gelungen, ein derartiges Geheimabkommen des Unternehmens gegen die Angestellten im Borsenamt kennen zu lernen. Die soeben erschienenen Nummer seines Organes, die „Deutsche Industriebeamten-Zeitung“, veröffentlicht eine geheime Konkurrenzklausein, an der nicht weniger als neunzehn der bedeutendsten Firmen der Berliner Metallindustrie beteiligt sind. Der Inhalt des Abkommens ist so bezeichnend für die beabsichtigte Geheimhaltung, daß wir ihn auch unseren Lesern nicht vorenthalten möchten. Diese Firmen haben mit Wirkung vom 1. Januar 1918 folgende Vereinbarung getroffen:

Während des Krieges mit England von einem Mitglied der Besatzung ein männlicher oder weiblicher Beamter eines anderen Mitgliedes ohne dessen Zustimmung angeheilt, so ist erachtet, demselben, einen Betrag in Höhe von dem Verband Berliner Metallindustrieller bewilligte Stelle zu zahlen gleich dem doppelten des von dem Angestellten in den ersten zwei Jahren erzielten Mehrverdienstes. Der Zahlungsbetrag bedarf es nicht, wenn der männliche oder weibliche Beamte infolge Kündigung seitens der Firma sich um die neue Stellung beworben hat. Die Zahlungen sind lebenslang rückwärts zu leisten. Streitsigkeiten entscheidet die Vertrauenskommission des Verbandes Berliner Metallindustrieller.

Ein solches Abkommen sind beteiligt: Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, Berlin-Anhaltische Maschinenbau-A.G., Bergmann Elektrotechnik-Werke, A. G., Deutsche Maschinen- und Turbinenfabriken, C. A. P. Hoesl & Co., Carl Reht, C. P. Georg, Deutsche Anstalt A. G., R. G. Hoff u. Comp., Koenig u. Thomas A. G., Eisenwerk, Anson-Gewerbe M.-Ges., Lutz, Lohse u. Co., W. G. G., C. Lorenz W.-Ges., Dr. Paul Meyer W.-Ges., W. G. G. G. A. G., A. H. K. Maschinenbau, Schaeffer u. Walker A. G., Siemens u. Halske A. G., Siemens-Schuckert-Werke G. m. b. H. Angewandt dieses gewaltigen Umfangs des Abkommens wird wohl von keiner Seite weigert werden können, daß es sich hier um eine Angelegenheit handelt, an der die Öffentlichkeit und vor allem die maßgebenden Stellen nicht achtlos vorbeigehen können. Auch Herr Doktor Kautzsch, der in der letzten Zeit in seinem viel beherrschten Organ allerlei Bewegungen zur Bekämpfung der heimischen Moral zu geben wußte, hätte alle Ursache, das von den Direktoren seines Betriebes mitunterzeichnete Schriftstück in Grund und Boden zu verurteilen.

Diese Vereinbarung ist um so heftiger, als sie in der Zeit des Bestehens des Hilfsdienstgesetzes abgeschlossen worden ist. Bei dem Bestehen dieses Gesetzes mußten sich die Angestellten ohnehin mit einer Beschränkung der Freizügigkeit abfinden. Der Reichstag und vor allem die Sozialdemokratie haben ihre Zustimmung zu dem Gesetz nur geben können, nachdem sie die Weiterentwicklung der Geschäfte und Lebens entsprechende Sicherungsparagraphen aufgenommen worden waren. Der § 9 des Hilfsdienstgesetzes sieht ausdrücklich die Fälle vor, in denen der Schlichtungsausschuß dem Angestellten zum Abtrittschein und damit zum Stellenwechsel verhelfen kann. Das soll ganz besonders in den Fällen geschehen, in denen der Angestellte eine angemessene Verbesserung seiner Arbeitsbedingungen nachweisen, also der Nachweis für die Erlangung einer besser bezahlten Stellung geführt werden kann. Diese wichtige Schutzbestimmung, mit der der soziale Inhalt des Gesetzes steht und fällt, ist durch die erwähnte geheime Vereinbarung der neuwachen Firmen glatt durchkreuzt und das Kriegsamt sollte es sich annehmen sein lassen, gegen diesen schweren Verstoß gegen das Hilfsdienstgesetz mit solch Entschiedenheit einzugreifen. Die Industrieangestellten aber lassen aus diesem räuberischen Verstoß der Metallindustrie kaum etwas erkennen, wie bitter not es ihnen tut, sich selbst den gewöhnlichsten Organisationen anzuschließen.

Der fortschrittliche Abgeordnete Stolowich hat bereits eine die geheime Konkurrenzklausein betreffende Anfrage an den Reichstagspräsidenten gerichtet, was derselbe zu tun gedenkt, um zu verhindern, daß dem beteiligten Angestellten die einzige auf Grund des § 9 des

Hilfsdienstgesetzes noch bestehende Möglichkeit einer mit dem Stellenwechsel verbundenen Einkommensverbesserung genommen wird. Der Reichstagspräsident wird weiter gefragt, was er zu tun gedenkt, um eine solche Durchkreuzung der im Hilfsdienstgesetz vorgesehenen Schutzbestimmungen für die Industrieangestellten zu verhindern.

Groß-Berlin

„Von jetzt ab hatten wir alle den Vorwärts!“

In den bewegten Tagen zu Beginn des Februar hat man diesen Ausspruch unzähligmal in Berliner Arbeiterkreisen vernommen können. Hatte es sich doch in jenen Tagen wieder einmal deutlich gezeigt, daß es einen tiefen grundsätzlichen Gegensatz gibt zwischen der bürgerlichen und der Arbeiterpresse. Es hat sich gezeigt, daß in schweren Zeiten eben nur das Arbeiterblatt zu den Arbeitern steht. Und so hieß es denn überall bei den Berliner Arbeitern, die den Unterschied zwischen der Haltung des „Vorwärts“ und jener der bürgerlichen Blätter verfolgt hatten: „Treu um Treue! Von jetzt ab hatten wir alle den Vorwärts!“

Viele Tausende haben dieses Gelöbnis mittlerweile schon wahr gemacht. Aber noch gibt es große Massen des wertvollen Volkes in Berlin, die dem „Vorwärts“ ferngeblieben sind einem bürgerlichen, farblosen Blatt zuliebe. Sie gilt es jetzt, da der Monatswechsel naht, aufzurufen und an ihre Pflicht zu erinnern. Zeige mir das Blatt, das Du hältst, und ich werde Dir sagen, wor Du bist!

Für diejenigen, die den „Vorwärts“ noch nicht beziehen, ihn aber ab 1. März erhalten wollen, ist es Zeit, den Bestellzettel auszufüllen und einzusenden, der sich am unteren Ende dieser Seite befindet.

Zur Aufhebung des Verbots von Dach- und Kellerwohnungen

wahnten wir vom Deutschen Wohnungsausschuß eine Zustimmung, die wir folgendes entnehmen: Das Verbot von Dach- und Kellerwohnungen ist als ein hygienischer Standpunkt mindwertig anzusehen und bedarf keiner weiteren Erörterung; darauf weist schon der Umstand hin, daß sie bisher unter Verbot gestellt sind. Sie dürften einmal jetzt bei der festgestellten Tuberkulosegefährdung der Bevölkerung, gerade für die heimkehrenden Krieger die allernachste geeignete Unterkunftsmaßnahme sein können. Ihre Zulassung auf ein begrenztes Zeitmaß — es ist von fünf Jahren die Rede — befristet wird, liegt die Gefahr nahe, daß dadurch eine dauernde Verschlechterung der Wohnweise in der Gestalt einer allgemeinen Mietssteigerung herbeigeführt wird. Die durch die Vermietung von Keller- und Dachwohnungen gegebene größere Ausweichmöglichkeit der Grundstücke wird nicht verschaffen, dem Hauseigentümer den willkommenen Anlaß zu bieten, durch Kapitalisierung der vorübergehend erhöhten Mieten einen erhöhten Grundstückspreis zu erzielen, der sich, namentlich wenn das Grundstück zwischen den Wägen der Verkehrsmittel liegt, schwer wieder abzusetzen lassen wird, und die als vorübergehend gedachte Wohnweise wieder so vorübergehend zum Nachteile der künftigen Mieter zu einer dauernden Steigerung der ohnehin schon künstlich über die Gebühr hinaufgetriebenen Grundstückspreise führen, die eine Gefährdung der besagten werten Wohnverhältnisse in den Großstädten dauernd hinterhalten wird.

Das Schiedsgericht in der Straßenbahntarifffrage.

Der Besatz Groß-Berlin hat, wie wir erfahren, zu seinem Komitee in dem von der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft beantragten Schiedsgerichtverfahren wegen der Regelung der Tarife den Reichstagsabgeordneten Dr. Sildesum bestellt. Der Obmann des Schiedsgerichts ist nach dem Verkehrsministergebot von beiden Parteien zu wählen; kommt eine Einigung nicht zustande, so wird er von der Aufsichtsbehörde ernannt.

Der Kleinhandels-Strafpreis für Kohlräben wird von heute ab auf 10 Pf. je Pfund erhöht.

„Das Recht der erkrankten Kinder und der Reichstag“ lautet das Thema eines Vortrages, den der Reichstagsabgeordnete Doktor Max Duard in der Deutschen Reichstagskammer für Mutter- und Kinderschutz E. V. am Dienstag, den 20., abends 8 Uhr, im Knauelhäuser, Berlin, Schöneberger Ufer 40, hält. Der Vortrag dürfte vom Bevölkerungswirtschaftlichen Standpunkte von großem Interesse sein. Karten zu 2 und 1 M. sind zu haben bei W. u. W. D. Köppler und Landwehrstraße, im Kaufhaus des Westens, in den Messehäusern von Ottmann Neß und an der Abendkasse.

Gold. Das Kriegswunderamt weist das Publikum auf folgendes hin: Jeder macht sich strafbar, der ohne Genehmigung des Reichslängers Reichsmünzen bedarf gewerblicher Bewertung einnimmt oder vorarbeitet, Reichsgoldmünzen zu einem ihrer Kennwert übersteigenden Preis erwirbt oder veräußert, Koh-, Silber- oder Erzkupfer teilweise zum gesetzlichen Höchstpreis von 2700 Mark für das Kilogramm seinen Goldes handelt oder Gold in irgendwelcher Form zum Zwecke der Verwertung ankaufte und dabei diesen Höchstpreis überschreitet, Gold ungeachtet seiner Form und Herkunft über die Landesgrenzen ausführt. Auch derjenige ist strafbar, welcher eine dieser strafbaren Handlungen ausführen läßt oder irgendwelche Beiträge dazu leistet.

Schlechte Frauenzimmer. Ein neuer Film vom Rudolf Wenzel „Der Wirtshauswirt“ behandelt ein heiteres Verweilen des Reichstagsmannes J. J. J. Das Lustspiel „Bo ist Coletti“ mit Magde Sefing, Hans Jandermann, Heinrich Beer und Anna Müller-Linke ist in den Spielplan mit aufgenommen.

Die Lichtspiele Neue Philharmonie bringen vom 22. bis 28. in Ausführung das Drama „Verdammte Wege“ mit Saei von Lohndel in der Hauptrolle. Hierzu den Klanten Stuart-Webbs-Film „Der räuberische Vagabund“ und ein Lustspiel „14 Tage Urlaub“ mit Lia Leh und Frey Junfermann in den Hauptrollen.

Jesus Pusch. Die Comedienne „Mondfahrt“ wird auch in der kommenden Sonntags-Nachmittags-Vorstellung ungünstig zur Ausführung gelangen.

Kindermord und Doppelfeldmord. Mit ihrem Sohn und ihrem Geliebten in den Tod gegangen ist die 30 Jahre alte Gertrud Haas des Straßenbahnführers B. aus der Bremer Straße. Das Ehepaar D. wohnte früher in Sietzen. Dort ließ sie die Frau hinter dem Rücken des Mannes Beziehungen zu ihrem 25 Jahre alten Vetter Otto W. an. Nach der Heirat der Familie nach Berlin folgte ihr G. hinter und legte das Verhältnis fort. Wie jedoch die Beziehungen nicht zur Ehe führen konnten, beschloß das Paar während D. außerhalb Berlins beschäftigt ist, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden und den Knaben in den Tod mitzunehmen. Gangesonnen wurden auf einen starken Gasgeruch in der D.ischen Wohnung aufmerksam und hielten die Polizei, welche H. und Frau D., ihren Sohn und ihren Geliebten tot in den Weiten liegend fand.

Eine Revolverjagd vor dem Gemeindeamt. Bei dem Gemeindevorsteher Köppen in Niedersdorf bei Cöpenick ist ein gefangener Kalle als Hilfsarbeiter tätig. In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch erwachte der Gefangene zwischen 1 und 2 Uhr morgens durch ein Geräusch am Fenster des Gemeindeamtes und bemerkte dort Einbrecher, die dabei waren, in die Bureau des Gemeindeamtes einzudringen, zurückzutreten. Der Kalle weckte den Gemeindevorsteher und beide begaben sich nach dem Amtsbureau, wo sie von den Einbrechern mit Revolverkugeln empfangen wurden. Da sie ebenfalls von Schusswaffen Gebrauch machten, schickten die Diebe schließlich und es gelang nicht, der Einbrecher habhaft zu werden.

Neuland. In der Strafsache gegen Magistratsmitglied hat der Oberpräsident die Beschwerde des Magistrats gegen den Bescheid des Regierungspräsidenten, in dem dieser die Erhebung des Konflikts ablehnt, zurückgewiesen. Der Magistrat hat hiergegen weitere Beschwerde beim Minister der Innern erhoben. Die wir hören, schreiben jetzt gegen Neuländer Magistratsmitglieder so einige zwanzig Prozesse wegen Höchstpreisüberschreitung.

Wilmersdorf. Die Fortschrittler gegen die Stadtverordnetenmehrheit. Der Hauptverein Wilmersdorf der Fortschrittlichen Volkspartei hielt am Dienstag abend eine Mitgliederversammlung ab, in der nachstehende Entschlüsse angenommen wurde: Der Verein hat mit Ansehen davon Kenntnis genommen, daß die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung in Wilmersdorf einen Antrag auf Zurücknahme der Arbeitervertreter in verschiedenen Deputationen abgelehnt hat. Der Hauptverein erklärt in diesem Verhalten der Stadtverordnetenmehrheit der Stadt Wilmersdorf einen Protest für die rüchständige Stimmung dieser Mehrheit, die mit dem Geiste der jetzigen Zeit in schärfstem Widerspruch steht. Die Haltung der Wilmersdorfer Stadtverordnetenmehrheit läßt daher erkennen, daß in den weichen Bereichen der Reaktion nicht die geringste Reue besteht, die Rechte des Volkes auch nach dem Siege zu wahren, wenn schon jetzt die berechtigten Interessen der freischicklichen Parteien des Volkes mißachtet werden. Der Hauptverein Wilmersdorf der Fortschrittlichen Volkspartei fordert daher mit Nachdruck alle freischicklichen Elemente auf, sich schon jetzt in entscheidender Weise zusammenzuschließen, um der gegenwärtigen und der zukünftigen Reaktion kraftvoll entgegenzutreten zu können.

Kügelchen von Nahrungsmitteln. Vom 21. bis einschließlich 24. findet für die Ernährung der in der Zeit vom 16. Februar bis zum 15. April zur Verteilung gelangenden Nahrungsmittel Voranmeldung zunächst auf die Abschnitte 8, 9, 10 und 11 der Lebensmittelkarte statt. Die Verkaufstage und die jeweils zum Verkauf gelangenden Waren und Warenmengen werden noch bekanntgegeben.

Reinickendorf, Lebensmittel. Auf Abschnitt 7 der Lebensmittelkarte werden 750 Gramm Kartoffeln, auf Abschnitt 8 100 Gramm Auszugsgewürze, auf Abschnitt 9 100 Gramm Gewürze und auf Abschnitt 4 für Jugendliche 150 Gramm Gewürze abgegeben. Die Ablieferung des Ammelbockens bei den Händen muß bis einschließlich 25. Februar erfolgen. Der Verkaufspreis für Gewürze beträgt 38 Pf. für Auszugsgewürze 35 Pf. und für Kartoffeln 30 Pf. pro Fund. — Personen über 70 Jahre können gegen Ansbildigung eines Ausweises von Seiten ihrer zuständigen Provinzialkommission bei den amtlichen Verkaufsstellen je 2 Eier zum Preise von je 43 Pf. entnehmen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Zur Stadtverordnetenwahl.

IV. Kommunalwahlbezirk. Sonntag, früh von 9 Uhr ab findet im Lokal von Nideri, Steinwegstraße 80a, eine wichtige Flugblattverbreitung statt. Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.

Das Wahlbureau befindet sich bei Nideri, Steinwegstraße 80a. Das sozialdemokratische Wahlkomitee. J. A. Hermann, Frige.

34. Kommunalwahlbezirk.

Wir erlauben die Mitglieder und Genossen zu der am Sonntag, 24. Februar, stattfindenden Flugblattverbreitung sich um 9 Uhr vormittags im Wahlbureau bei Döhl, Straßburger Straße 11, zahlreich einzufinden. Auch die Genossen, die am Wahltag, am Sonntag, den 3. März, sich dem Wahlkomitee zur Verfügung stellen wollen, mögen sich im Wahlbureau melden. Das Wahlkomitee.

Friedrichsfelde. Die Genossen treffen sich Sonntag, den 24. morgens 9 Uhr, zur Flugblattverbreitung bei Detmann, Capriviallee 42. Regere Beteiligung ist erforderlich.

Weißensee. Die Genossen werden ersucht, zur Erledigung von Wahlarbeiten sich heute abend von 7-9 Uhr im Lokal von Stärke, Charlottenburger Str. 8, einzufinden.

Gerichtszeitung.

Urteile der Kriegsgerichte.

Die außerordentlichen Kriegsgerichte, die ihre Tätigkeit am nächsten Sonnabend beendigen sollen, hatten sich in den letzten Tagen fast ausschließlich mit solchen Angeklagten zu beschäftigen, die in freiwirtschaftlichen Betrieben, in größerer Anzahl bei Carlig, in den Streik getreten waren und, dem Gebot des Oberbefehlshabers in den Marken zuwider, sich nicht zu rechter Zeit zur Arbeit wieder gemeldet haben. In den meisten Fällen wurden die vorgebrachten Entschuldigungen nicht als durchgreifend erachtet und die Angeklagten zu Gefängnisstrafen verurteilt, die sich in den Grenzen von 14 Tagen bis zu drei Monaten hielten. In wenigen Fällen kam eine Verurteilung zu 50 M. Geldstrafe heraus. — Ein Schlosser Jürgen, der in den Dammernwerken vor längerer Zeit ein Flugblatt der un-

Abzuschneiden und zu adressieren: Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW, Lindenstraße 3.

Ich bestelle ab 1. März den „Vorwärts“. Monatlich 1,50 M. Name _____ Wohnort _____ Straße _____ Nr. _____

Sängigen Sozialdemokraten, welches nicht den Namen des Druckers enthält, verbreitet hatte, wurde zu zwei Wochen Haft verurteilt, wobei berücksichtigt wurde, daß das Flugblatt mit dem Streit nichts zu tun hatte, sondern sich gegen die andere Richtung der sozialdemokratischen Partei richtete. — Wegen verübten Landesverrats wurde der Werkzeugmacher Franz Koll zu 1 Jahr Gefängnis, die Frauen Luna Kummer und Gertrud Harms zu je 3 Monaten Festungshaft verurteilt.

Aus aller Welt.

Geständnis eines Mörders.

Von dem Schwurgericht Zweibrücken wurde am 18. d. M. der Kaufmann Otto Gebhard aus Pirmasens wegen Ermordung des Lederhändlers Walter Soewenthal aus Berlin zum Tode verurteilt. Das Urteil erfolgte auf Grund eines Indizienbeweises, weil die Leiche nicht aufgefunden war und Gebhard bis zuletzt jede Schuld in Abrede stellte. Um der Todesstrafe zu entgehen, hat Gebhard jetzt ein umfassendes Ge-

ständnis abgelegt und erklärt, daß er seinen Geschäftsfreund Soewenthal während eines Streites in seiner Pirmasenser Wohnung mit einem Hammer erschlagen und die Leiche in der Nähe seiner Wohnung vergraben habe. Die Leiche ist bereits aufgefunden. Angesichts der veränderten Sachlage wird vermutlich jetzt wieder ein neues Gerichtsverfahren eingeleitet werden.

Steuerhinterziehende Kriegsgewinnler.

Der Generaldirektor Adels von den Mannesmann-Waffen- und Munitionswerken in Remscheid ist wegen enormer Steuerhinterziehungen verhaftet worden. Der Reisedirektor Zilzer derselben Werke hat sich seiner bevorstehenden Verhaftung dadurch entzogen, daß er sich in einem Elberfelder Hotel erschöpfte.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland die Sonnabend mittag. Jenseits mild und zeitweise auflockernd, jedoch überwiegend bewölkt, mit wiederholten, meist geringen, im südlichen Küstengebiet etwas stärkeren Regens, Schnee- oder Graupelschauern.

Briefkasten der Redaktion.

H. B. Z. Band 3 620 D.G.B. ist der Vater verpflichtet, seiner Tochter im Fall ihrer Verheiratung eine angemessene Aussteuer zu geben, soweit er dazu unter Berücksichtigung seiner sonstigen Verpflichtungen und ohne Verletzung seines Unterhalts imstande ist. Wenn unter dieser Voraussetzung der Vater die Zahlung der Aussteuer verweigert, muß sie auf dem Prozeßwege von ihm verlangt werden. — P. W. 34. Der Steuerberechnung zugrunde gelegt wird das Einkommen des Kalenderjahres 1917. — Todesnachricht 334. 1. Reim, da die Genehmigung durch den Bundesrat noch nicht vorliegt. 2. Solche Erlasse können gewährt werden; es besteht aber kein Anspruch darauf. — G. M. 15. Für den Beamtenvertrag ist es zulässig. Ob für den Wehrvertrag, richtet sich nach den Bestimmungen dieses Vertrages. — M. W. 35. Reim. Sie können in diesem Falle nicht mehr Antrag auf Kriegsunterstützung stellen, sondern es steht Ihnen nurmehr die Witwenrente zu. — G. Dahn, Kautz. Die Erbschaft bezieht sich nur auf Unfall- und Invalidenrenten. Ihre Frau hat keinen Anspruch auf höhere Rente. — G. 51 und G. 341. Wie wir schon an dieser Stelle berichtet haben, steht die Genehmigung des Bundesrats noch aus. — P. 2. 105. So, dem steht nichts entgegen. — G. K. 42. 1. Ihrer Frau muß, wenn sie jetzt arbeitsfähig ist, Unterstützung gezahlt werden. 2. Sie hat Anspruch auf die Reichswohnenhilfe. — M. W. 66. Sie können bei Gericht beantragen, daß ein anderer Testamentvollstrecker bestellt wird, wenn Sie sich nicht gebunden fühlen. — 900. Magdeburg. 1. Reim. 2. Ja.

Direktion Max Reinhardt. Deutsches Theater. 7 Uhr: Macht der Finsternis. Kammerstücke. 8 U.: Der schwarze Handschuh. Volkshöhne. Theater am Schlossplatz. Untergrund. Schönk. Tor. 8 Uhr: König Oedipus. Dir. C. Meinhard — R. Bernauer. Theater Königgrätzerstr. 7/8 Uhr: Erdgeist. Komödienhaus. 8 U.: Die Straße nach Steinach. Berliner Theater. 7 Uhr: Blaublaues Blut.

URANIA
8 Uhr:
Professor Dr. E. Baar:
Bevölkerungspolitik und Rassenhygiene.

Casino-Theater
Kochtrier Str. 37. Tägl. 7/8 U.
Bieder ein aktuelles Schlager.
Witzlicher Humor! Gr. Erfolg!
Hämsterfräule.
Berl. Pötte in 3 Akte. — Dazu
Hock, 2 Ewas, Carry Hartwell.
Sig. 4 U.: Schipp, schipp, hurra!

NATIONAL-THEATER
Cöpenicker Straße 68, fr. Deutsch-Amerik. Theater.
Tägl. 7 1/2. Der Schlager von Berlin! 7 1/2
Die ist richtig! in 3 Akte v. Dr. Lipschütz.
Text von Will Steinberg.
Musik von Walter Bromme.
Sonntag 8 1/2: Studentenlieben. Operette in 3 Akte
v. Walter Bromme.
Vorvk. (Th.-K. Tietz) Theaterk. 10 1/2, ununterbr. geöffnet.

VERLAG PAUL CASSIRER
ADOLF VON HATZFELD
FRANZISKUS
Geheftet M. 3.50, in Pappband M. 5.—

In dem Roman, der mit dem Normalschema dieser Gattung gar nichts zu tun hat, und in dem Autobiographisches Gestalt gewonnen haben soll, scheint mir ein Werk vorzuliegen, das für die neue, eben erst entstehende Form der Prosadichtung nicht nur bezeichnend, sondern sogar entwicklungs-geschichtlich von Wichtigkeit ist.
Münchener Ztg. 30. 1. 18

Berlin W, VIKTORIASTRASSE 35
Gewerkchaftshaus.
Sonnabend, den 23. Februar 1918:
Unterhaltungs - Abend
des Turnvereins „Fichte“
zum Besten der im Felde stehenden Turngenossen.

11. Männerabteilung, Lehrabteilung u. 5. Frauenabteilung. — Das lustige Trio, Berliner Sinfonie-Orchester und andere Einlagen.
Anfang 7 Uhr.

Sonntag, den 24. Februar 1918:
Mittags 2—4 Uhr:
Goethe-Bund.

Cliebrabend der „Kreuzberger Harmonie“
Herr Hopf, Cello; Herr Otto Kowalski, Violon.
Anfang 6 Uhr.

Im Restaurant:
Künstlerkonzert u. humoristische Vorträge.
Heute: Hühnerbrühe a Liter 60 Pf. und darin gekochte Hühner ein halbes 6,00 R.

Kaffee Luftpold
Mozstr. 15.
Sollisten-Kapelle.
Täglich Auftreten des Pistonzvirtuosens Leo Fährmann.
Eintritt frei.
Speisen und Getränke in unerreicher Qualität.

Admiralspalast
7 1/2 Uhr:
Deutsche Tänze von Schubert.
Abrakadabra.

Spezialarzt
Dr. med. Laabs
beb. schnell, gründl., mögl. (schr.) u. ohne Berufs- u. Geschlechtskrankheit, geheime Haut-, Hals-, Frauenleiden, Schwäche, Erprobteste Methoden Hals- und Blutuntersuchung.
Königsstr. 34/36, Alexanderpl. Spt. 10—11. 5—8, Sonntag 10—1.

Theater für Freitag, 22. Februar.

Central-Theater
Kommandantenstraße 57.
7 1/2 Uhr: Die Csardasfürstin
Sonnt. 3 U.: Der Hüttenbesitzer.
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Das goldene Kreuz. — Die Verlobung bei der Laterna.
Friedrich-Wilhelms-Theater
7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.
Kleines Theater
7 1/2 Uhr: Nante.
Komische Oper
7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.
Sonnab. 4 U.: Wohl-Vorst.: Die Prinzessin u. d. Schweinhirt.
Sonntag 3 1/2: Die Kinokönigin.
Lustspielhaus 7 1/2 Uhr:
Die blonden Mädels v. Lindenhof
Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.
Sonntag 3 Uhr: Die Kaiserin.

Neues Operettenhaus
Schiffbld. 4a. Kassent. Nd. 231
7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.

Residenz-Theater
7 1/2 Uhr: Der junge Zar.

Schiller-Theater O
7 1/2 Uhr: Die wilde Jagd.

Schiller-Th. Charl.
7 1/2 Uhr: Schneider Wibbel.
Schillersaal 8 U.: Marc. Salzer.

Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Egon und seine Frauen.
Theater am Nollendorplatz
7 Uhr:
Variablen

Busch
Tägl. 7 1/2. Stg. 3 1/2, u. 7 1/2 U.
Granatenkönig Planet
Aufgaben einer scharf abgeschossenen 46 Pfund schweren Granate.
3 Helms.
Karl Reinsch, Schulleiter auf „Ozardasfürst“.
Zum Schluß:
Mondfahrt.

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr:
Eine Waife.

Calow
Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2
Neu! Hartsteins beste Posse
Der schöne Wilhelm
Neue Berl. Revue-Bilder usw.
Schluß des Hartstein-Gastspiels am 23. Febr.

Trianon-Theater
7/8 am Bhf. Friedrichstr. 7/8
Tel.: Zentrum 4327 und 2301.
Der Lebensschüler
Komödie von Ludwig Fulda.
Ida Wast, Erich Kaiser-Tits, v. Möllendorff, Flink, Kettner.
Seg. 4 U. kl. Pr.: Johannisfeuer.

Apollo
Friedrichstr. 213. 7 1/2.
Der Flieger von Tsingtau
sowie die verblüffenden Varieté-Attraktionen.
Theaterkasse ab 10 U. ununterbr. geöffnet.

WINTERGARTEN
Hegemann Truppe
Hochturnkünstler
Herbert Röhling
d. 14jähr. Klaviervirtuose
Grete Fluss
rheinische Humoristin
sowie der erfolgreiche Februar-Spielplan.

Zirkus A. Schumann
Bhf. Friedrichstr. Anf. 7 1/2.
Letzte Saison in Berlin.
Nur noch kurze Zeit.
Aus dem reichhaltigen Sport-Programm besonders hervorzuheben der Araber Huly Sayd mit sein. 10 dr. Kamelen.
Nachtrupe
exotischer Dressurakt.
Gr. Ausst.-Mexiko. Pantomime.

Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr:
Am Goldenen Horn.

Reichshallen-Theater.
Allabendlich 7 1/2, und Sonntag nachmittag 3 Uhr
Stettiner Sängerkreis
Zum Schluß:
Mein Weib-nachtraum
Nachmittags ermäßigte Preise!

Berliner Konzerthaus
Mauerstraße 69. Zimmerstraße 90/91.
Heute:
Wohlthätigkeits - Doppel - Konzert
zum Besten der Kaiserlichen Marine veranstaltet von der Liebesgabenanstalt Stadtrat a. D. Adalbert Dahms, W 30, Heilbronner Str. 6, unter Mitwirkung erster Künstler und des Berliner Konzerthaus-Orchesters, Leiter: Komponist Franz von Blon.
Anfang 7 1/2 Uhr. Eintritt 1 M. Alle Vorgünst. aufgehoben.

Voigt-Theater.
Badstr. 58. Badstr. 58.
Täglich 7 1/2 Uhr:
O, diese Chemänner!
Sonntag, 24. 2., nachm. 3 Uhr:
Rein Seebold.
Abends 7 Uhr:
O, diese Chemänner!

Möbellabrik Rob. Seelisch
BERLIN O 112, Rigaer Str. 71—73a
empfehle gute preiswerte Möbel
154 Musterräume
Lageräume: 6696 q-Meter groß.
Versand nach allen Plätzen Deutschlands. Besichtigung ohne Kauzwang gestattet.
Am Sonntag von 12—3 geöffnet.

Die Norddeutsche Gemüßbau-Genossenschaft
vergrößert ihre Plantagen zum Frühjahr auf das Doppelte, und nimmt jetzt weitere Mitglieder auf.
Alle Teilnehmer
mit Anteilen zu 100 M., zu 200 M., zu 300 M. und bis zu 1000 M. auf. Ertragsanteile nach dem vollen Ertrag in Zahlung genommen.
Das Gemüß wird in unseren **Verteilungstellen**

an die Mitglieder billig abgegeben, bei völliger Ausschaltung des Groß- und Kleinwüchsenhandels. Der Gewinnüberschuss wird als Dividende an die Mitglieder verteilt. Die alten Mitglieder sind mit Wintergemüß reichlich versorgt worden. Die jetzt neu beitretenden Mitglieder sind berechtigt, schon an der ersten Verteilung von Frühgemüße teilzunehmen. — Aufnahme neuer Mitglieder findet statt im Laden Petersburgerstr. 4: Montag 11—1. Ferner im Laden Koppenhagenstr. 4: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend 10—4 und Sonntag 8—10. Ferner täglich im Verwaltungsbureau: Burgstr. 27 III, Zimmer 76 (gegenüber Jirkus-Gebäude).

Ein wirtschaftlicher **Aufschwung**

unserer Handels u. der Industrie wird die Folge dieses Krieges sein. Eine tiefgreifende Änderung unseres gesamten öffentlichen Lebens steht bevor und unzulässige Stellen werden neu zu schaffen sein. Es werden daher überall **geprüfte und geschulte Kräfte gesucht**

sein. Beamte, Lehrer, Angestellte d. Handels u. d. Industrie sollten nicht verarmen, jetzt ihre Vorbereitungen zu treffen. Das beste Mittel, rasch u. gründlich, ohne Lehrer, durch einfach. Selbstunterricht auf ein Examen vorzubereiten, die Einj.-Frei-Prüfung u. das Abitur-Examen nachzuholen od. die fehlenden Kenntnisse zu ergänzen sowie eine vortr. Allgemeinbildung sich anzueignen, bietet die Selbstunterrichtsmethode „Rustin“.
Ausföhrl. 60 S. starke Broschüre kostenlos durch **Bonnes & Hachfeld, Potsdam, Postfach 224.**

Nur für politisch reife Leser! **vor dem Leben!**
Pr. 60 Pf. Verl. „Ziegelbrenner“, München 23

Das fettlose Wasch- und Reinigungsmittel KOLLODOR
„Schont die Wäsche“
Vom Kriegsausbruch zum Kleinhändlerpreis von Mark 1.— für das kg endgültig genehmigt. Probenlager 50 kg
E. de Haas Chemische Fabrik „List“ G. m. b. H. Abteilung Waschmittel, Hamburg 36.
Alle Anfragen für die Provinz Brandenburg an die Sanitor-Desinfektions-Gesellschaft m. b. H. Berlin S 42, Ritterstraße 26-27.
Fernspr.: Mpl. 230, 233, Drahtanschrift: Desanator Berlin.
Wiederholte Gebühre von Prof. Dr. Schottl. von der Univ. Köln zur Verfügung

Deutscher Metallarbeiter - Verband.
Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Prinzenstraße 83—85.
Geschäftszeit von 9—1 Uhr und von 4—7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1203, 1987, 9714.

Achtung! Rohrleger u. Helfer. Achtung!
Sonntag, den 24. Februar 1918, vormittags 10 Uhr:
Branchen - Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal I.
Tagesordnung:
1. Bericht über die Verhandlungen d. Schlichtungskommission.
2. Renwahl der Agitationskommission u. des Branchenleiters.
3. Verbandangelegenheiten.
4. Verschiedenes.
Das Mitgliedsbuch ist am Saaleingang vorzulegen.
In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht aller Kollegen, pünktlich zu erscheinen.

Sonntag, den 24. Februar 1918, vormittags 9 1/2 Uhr:
Branchen - Versammlung
d. Eisen-, Metall-, Revolverdecker u. Dreherinnen sowie Handschleifer
im Lehrervereinshaus, Alexanderplatz.
Tagesordnung:
1. Branchenangelegenheiten. 2. Verschiedenes.
Zur besonderen Beachtung:
Es ist Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen, in dieser außerordentlich wichtigen Versammlung zu erscheinen.
Wir machen noch besonders auf das Versammlungstafel Lehrervereinshaus, Alexanderplatz, aufmerksam.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder - Verband.
Zahlstelle Berlin.
Montag, den 25. Februar 1918, abends 8 Uhr, im Saal 1 des Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:
General - Versammlung.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht 1917.
2. Ergänzungswahlen.
3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
Höflichen Besuch erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin-Weißensee
Am Dienstag, den 26. Februar 1918, und Dienstag, den 5. März 1918, abends 8 Uhr, findet in den „Vorwärts-Häusern“ zu Berlin-Weißensee, Berliner Allee 211, ein **Lichtbilder-Vortrag über Beinleiden** des Spezialarzes Herrn **Dr. med. Braun** statt.
Der Vortrag beginnt pünktlich und wird, um Störungen zu vermeiden, um rechtzeitiges Erscheinen gebeten. — Soweit die zu behandelnden Fälle in den einzelnen Betrieben erhältlich sind, können dieselben in unserem Werkbureau, Viktorstr. 17 II, Zimmer 5, in Empfang genommen werden.
Der Vorstand:
J. A. Fendel, Vorsitzender.

Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Lichterfelde.
Am Freitag, den 1. März 1918, abends 7 1/2 Uhr, findet im Klassenlokal, Berlin-Lichterfelde, Hindenburgdamm 103, eine außerordentliche **Auswahlprüfung** statt mit folgender Tagesordnung:
1. Verlesen des letzten Protokolls.
2. Beschlußfassung über Änderung des 4. Kapitels zur Satzung gemäß dem Schreiben des Hgl. Oberverordnungsamts, und zwar der §§ 19 und evtl. 46 sowie Änderung des § 60 der Satzung.
3. Verschiedenes.
Berlin-Lichterfelde, den 21. Februar 1918.
Der Vorstand:
Gaus Hülster, Vorsitzender.

Knochenmühlen, Gewürzmühlen, Drogenmühlen, Haushaltmühlen, mit und ohne Schwingrad, Wandmühlen, Kaffeemühl, alle groß u. klein machend, vertellbar, Preisliste mit Abbildung, Preis, in Abbild. umf. Geflügel, etc.
Simon, Berlin S, Quittenstr. 6, II. Stock.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß, Friedrichstr. 125 (Oranienb. T.), für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden Blutuntersuch. Schnelle, stohoren Schmerz. Heilung ohne Berufsstörung. Feilzahlung, 252/12* Sprechstunde: 11—4 u. 6—8.

Für Feldsoldaten!
Deutsch-Polnisch 15 Pf.
Deutsch-Französisch 15 Pf.
Bachhandlung Bernhardt, Berlin

Der Ukrainefrieden im Hauptauschuß.

Der Hauptauschuß des Reichstags trat am Donnerstag in die Erörterung der

wirtschaftlichen Fragen

ein, die mit dem Friedensschluß verknüpft sind.

Gehheimer Rat **Bräuer** erörtert darüber den Bericht. Er legte dar, daß unser handelspolitisches Ziel Rußland gegenüber die Wiederherstellung einer vertragsmäßigen Grundlage für den gegenseitigen Warenverkehr sein muß. Da der Abschluß eines neuen Handelsvertrages im Rahmen der Friedensverhandlungen nicht möglich gewesen sei, so habe zunächst die Schaffung eines handelspolitischen Provisoriums angeordnet werden müssen. Als solches sei mit der Ukraine das vorläufige Wiederinkrafttreten des alten deutsch-russischen Handelsvertrages vom 1894/1904 vereinbart worden. Dieses Provisorium solle bis zum Ablauf von sechs Monaten nach Abschluß des Friedens mit den anderen europäischen Staaten, den Vereinigten Staaten von Amerika und Japan gelten. Beiden Teilen sei das Recht der Kündigung vom 1. Juli 1919 an vorbehalten, doch bestünde beiderseits die Auffassung, daß es zweckmäßig sei, das Provisorium bis zum Abschluß eines definitiven Vertrags zu erhalten. Das Recht der Kündigung sei jeder der Vierbundmächte für sich besonders ausgesprochen worden. Der Redner führte dann nähere Einzelheiten über die wirtschaftlichen Abmachungen mit der Ukraine an. Für die Rolle solle während des Provisoriums der allgemeine russische Zolltarif von 1903 gelten, soweit sie nicht im Vertragsvertrag ermächtigt oder gebunden sind. Der Literaturvertrag, der 1918 zwischen uns und Rußland geschlossen worden ist, werde zwischen uns und der Ukraine wiederhergestellt. Von besonderer Bedeutung sei es, daß von der Ukraine das Anerkenntnis erlangt worden sei, daß sie auf Grund der Weitzbegünstigung keinen Anspruch auf diejenigen Begünstigungen habe, die wir Oesterreich-Ungarn und anderen Zollverbündeten angrenzenden Staaten einräumen würden. Hierdurch sei ein wichtiger Präzedenzfall für künftige Friedensschlüsse geschaffen worden.

Ruben den Grundlagen zur Regelung der allgemeinen handelspolitischen Beziehungen sei für die Zeit bis zum 31. Juli 1918 eine besondere Vereinbarung über den Austausch der wichtigsten landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnisse getroffen worden. Dieser Austausch solle durch Zentralstellen erfolgen. Art, Menge und Preise der auszuhandelnden Waren sollen durch gemischte Kommissionen festgestellt werden. Bestimmte Angaben über die zurzeit in der Ukraine verfügbaren Warenmengen hätten die ukrainischen Vertreter allerdings nicht machen können, doch hätten sie wiederholt und in glaubwürdiger Weise versichert, daß beträchtliche Mengen vorhanden seien. Da die Ukraine ein ebenso großes Interesse an den Hon und an Agrarprodukten der Ukraine, so sei an dem guten Willen der Ukrainer nicht zu zweifeln. Die Ukraine brauche vor allem industrielle Artikel, besonders landwirtschaftliche Maschinen und Geräte und Handwertzeuge; es sei festzustellen, daß diese Waren bei uns bereits jetzt in beträchtlicher Menge in auszufühbarem Zustande vorhanden seien. Die Hauptrolle sei, durch Ordnung der Verkehrsverhältnisse einen geordneten Warenverkehr anzubahnen.

Abg. **Lilj** (Höfingen) erkennt an, daß unsere Unterhändler herausgeholt haben, was herauszuholen war. Die Frage bedürfe aber noch der Klärung, ob und wie der Transport bewältigt werden kann. Die Ukraine werde die in den dortigen Häfen liegenden englischen Schiffe zu Transportzwecken beschlagnahmen müssen. In der Ukraine gibt es viele Manganerze, die uns gesichert werden sollen.

Unterstaatssekretär **Schöppert** teilt mit, daß die Erzinsuhr nicht erschwert werden soll. Mit den deutschen Handelskreisen sind sofort Verhandlungen angeknüpft worden, und zwar wurde für jede Warenart eine Organisation geschaffen. Eine Kommission wird in der Ukraine die dortigen Vorräte ermitteln. Der Handel ist von Staat zu Staat gedacht. Deranstellung von Getreide werde sehr schwierig sein, denn das Getreide liegt noch bei den Bauern. Aber es sieht zu hoffen, daß sich der Transport auf der Donau ermöglichen läßt. Allerdings können auf diesem Wege nur 300 000 Tonnen im Monat transportiert werden.

General **Friedrich** erklärt dann, daß auf Wunsch der Obersten Seeleitung ein paar Dutzend ukrainische Kriegsgefangene in die besetzten Gebiete geschickt wurden, um dort die Bevölkerung über Deutschland aufzuklären. Antipolitische Agitation ist nicht getrieben worden. Landesverrat könne darin nicht erblickt werden. Die 50 000 ukrainischen Kriegsgefangenen sind in Deutschland im Besen und Schreiben unterrichtet worden, sie werden in ihrer Heimat die Wahrheit über Deutschland verbreiten.

Abg. **Erzberger** (S.) hält dieses Vorgehen für sehr dankenswert, damit bessere man der Ukraine Leute, die sich für die Verwaltung sehr nützlich erweisen werden.

Abg. **v. Trampczowski** (Pole) erklärt, daß er seine Vorkürfe aufrecht erhalte. Im

Gouvernement Chelm

sei von diesen Gefangenen, die in phantastischen Uniformen durch das Land zogen, antipolitische Agitation getrieben worden.

Abg. **Dr. Cohn** (Unabh. Sos.): Gegen den Unterrichts, der den Gefangenen erteilt wurde, ist nichts zu sagen. Aber der Zweck, den man damit verfolgte, sei zu beurteilen. Deshalb habe man die 15 000 Gefangenen in einem besonderen Lager vereinigt? Doch auch nur zu Zwecken politischer Agitation. Die ukrainischen Gefangenen sind ganz systematisch zu Agitatoren ausgebildet worden. Man hat ihnen damit zu versprechen gegeben, daß ihr Fahren nichts mehr gelte, das war die Vorbereitung zum Landesverrat.

Abg. **Koelle** (Sos.): Daß in den Gefangenenlagern Kulturarbeit geleistet wurde, ist erfreulich. Die Herausziehung einzelner Gefangenenkategorien ist unter Umständen sicher angebracht. Das hat man aber in anderen Ländern auch getan. So behandelt Frankreich die Engländer, Rußland die Tschechen besser als andere Gefangene. Wenn nicht mehr geschieht, ist als bis jetzt festzustellen, so ist der Regierung kein Vorwurf zu machen. Hätte man Leute aber zum Kampf gegen ihr eigenes Land verwendet, dann wäre das zu verurteilen.

Abg. **Prinz Schwaibsch** (natl.) findet das Vorgehen der Militärverwaltung durchaus berechtigt.

Abg. **Dr. Koelle** (L.) meint, der dem Zaren geleistete Pakteneid könne nicht mehr gebrochen werden, nachdem das zarische Regiment nicht mehr existiert.

General **Friedrich** polemisiert gegen den Abg. Cohn; der Vorwurf, das Kriegsministerium habe zum Landesverrat verleitet, müsse scharf zurückgewiesen werden.

Gehheimer Rat **Bräuer**, der bekannte Geograph der Berliner Universität, hält dann einen Vortrag über die geographischen Grenzen der Ukraine. An der Hand eines Kartenwerkes zeigte er die Grenzen der Sprachgebiete, die vielfach in Form von Halbinseln ineinander eingreifen. Zum Teil wurden aus diesen Halbinseln Inseln, die dann dem Sprachgebiet vorgelagert sind. Die jetzt gezogene Grenze ist eine Vereinbarungsgrenze. Das Cholmer Land ist unstrittig ukrainisch, das ergibt sich schon daraus, daß die Bevölkerung nur zum kleineren Teil polnisch ist.

Abg. **Trampczowski** (Pole) bestreitet die Richtigkeit dieser kartographischen Darstellung unter Berufung auf einen ukrainischen Autor. Die Entscheidung muß der Bevölkerung selbst überlassen werden.

Abg. **Serba** (Pole) bedauert, daß dieser Vortrag nicht eher angekündigt wurde. Gehheimer Rat **Bräuer** sei ein bekannter antipolitischer Agitator, dessen Unparteilichkeit also sehr zweifelhaft sei. Die Abkürzung des Cholmer Gebietes bedeute eine trasse Vergewaltigung, um so mehr, als die ukrainische Bevölkerung dieses Gebiet zum großen Teil verlassen hat.

Abg. **Erzberger** (S.) zählte einige Bezirke auf, die eine überwiegend polnische Bevölkerung haben, deren Lage Professor **Pend** auf der Karte zeigt. Wenn man diese Prinzipien auf Karland anwende, dann sei Karland kein vorwiegend deutsches, sondern ein lettisches Land. Hoffentlich finde die gemischte Kommission einen befriedigenden Ausweg.

Abg. **Wolff** (Sp.) bedauert, daß die Frage des Schutzes der nationalen Minderheiten in dem Vertrag überhaupt nicht berücksichtigt worden ist.

Gehheimer Rat **Pend** verteidigt seine Stellungnahme. Die ethnographische Karte von 1876 sei nicht sein Werk, er habe sie nur vorgelegt. Das statistische Material ist sehr lückenhaft und auf seine Richtigkeit nicht zu kontrollieren. Der Bevölkerungszuwachs ist ohne Zweifel willkürlich verteilt worden.

Graf Mirbach berichtet dann über seine Erfahrungen in Petersburg

als Leiter der deutschen Kommission. Das Tempo, in dem sich die Entwicklung in Rußland vollzieht, ist geradezu phantastisch. Stellen früher die Kader die freiesten bürgerliche Elementen dar, so gelten sie heute als Reaktionäre. Die gestaltete Kraft geht den Bolschewiki ab, sie haben keine Führer, aber es fehlt ihnen die Disziplin. Der Wille zu einer Verständigung mit uns hat wohl nie ernsthaft bestanden. Den Bolschewiki lag nur daran, ihre Ideen zu verbreiten. Bei den Beratungen über den Postvertrag legten die Bolschewiki eigentlich nur Wert auf die Verbenkung von Druckarbeiten. Die Presse ist geknebelt, die Behauptungen sind zahllos, mit allen Mitteln des Terrors wird gearbeitet. Die Ermordung der ledettischen Minister war das Schlußwort. Unter den Massen herrscht volle Anarchie. Den Bolschewiki ist die Bewegung offenbar über den Kopf gewachsen. Ihre Verfassung, Ordnung zu schaffen, hatten kein Resultat. Im Smolny-Institut war man enttäuscht darüber, daß in Deutschland keine revolutionäre Bewegung Wurzel geschlagen hatte. Die führenden Bolschewiki lassen sich scharf beobachten, ein Beweis, daß sie sich auf die Liebe des Volkes nicht stützen können. Die deutsche Kommission hand unter strenger Bewachung, um mit anderen Volksfreisen nicht in Verührung zu kommen. Deutsche Gefangene befanden sich bereits in Petersburg, sie sollten wieder zurück. Der Kommission sind bei der Abreise keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt worden. Der schwedische Gelandte in Petersburg ist in weitgehendem Maße bemüht, für die Deutschen in Rußland zu sorgen, ihm gewährt uneingeschränkter Dank.

Die Aussprache wandte sich nun wieder den wirtschaftlichen Fragen zu.

Abg. **Wolff** (Sp.) beurteilt die in der Ukraine vorhandenen Getreidevorräte sehr optimistisch. Die Vorräte müssen noch im Lande sein, weil die Verkehrserschwerungen den Abtransport nicht ermöglichen. Wir können aus dem Lande aber nur dann Vorräte herausziehen, wenn für Ruhe und Ordnung gesorgt wird. Der Frieden mit Rumänien könne uns einen brauchbaren Schienenweg nach der Ukraine bringen. Nebenfalls dürfe man zu Dornburg als Leiter der Ausführungsorganisation volles Vertrauen haben.

Abg. **Mauer-Kaufmann** (nl.) behandelt die Frage des Abtransportes von Getreide aus der Ukraine.

Abg. **Koelle** (Sos.): Wir brauchen so rasch als möglich Lebensmittel. Momentan allerdings haben wir nur einen Papierfrieden, der hoffentlich bald zu einem Brotfrieden wird. In der Ukraine herrscht ohne Zweifel Anarchie, die Regierung dürfte nicht viel Macht hinter sich haben. Wenn dort für Ruhe und Ordnung gesorgt werden soll, ist für uns größte Zurückhaltung am Platze, denn Deutschland wird später kaum dafür ernten. Der Viehreichum in der Ukraine ist durch den Krieg zweifelslos vermindert worden, daß aber große Hoffnungen auf eine reichliche Zufuhr nicht berechtigt sind. Der ganze Handel wird in der ersten Zeit sich in der Form des Tauschhandels abwickeln; die Vereinfachung von Austauschmitteln wird aber recht schwierig sein. Unbedingt muß verlangt werden, daß die erfassten Vorräte der Nationalisierung unterstellt werden.

Zu Beginn der Radnuntagsitzung ergriff zunächst der Ministerialdirektor vom Auswärtigen Amt, **Kriege**, das Wort zu Darlegungen über die

Verhandlungen der Rechtskommissionen in Breslau

Er wies auf die Schwierigkeiten hin, die sich für die Verhandlungen daraus ergaben, daß die Vertreter der Ukraine keine internationalen Juristen, sondern Nationalökonomien und Advokaten waren. Es wurde von ukrainischer Seite zunächst sogar vorgeschlagen, die ganzen Rechtsbeziehungen ungerichtet zu lassen. Nur auf energisches Drängen erfolgte die in dem Hauptvertrag und dem Zusatzvertrag niedergelegte Vereinbarung. Und zwar sind in dem Hauptvertrag die alle Vertragsbeziehungen betreffenden Materien geregelt, wogegen der Zusatzvertrag nur die zwischen Deutschland und der Ukraine geltenden Abmachungen enthält. Der zu Beginn der breiter Verhandlungen überhaupt aufgestellte Vorschlag, daß Kriegskosten und Kriegsschäden als unter den gegenseitigen Verzicht fallend anzusehen sind, ist natürlich auch der Ukraine gegenüber zur Anwendung gelangt. Dagegen ist der Standpunkt, daß alles, was Deutsche im feindlichen Ausland — nicht im Kriegsgebiet — erlitten haben, vollständig zu ersetzen ist, mit aller Energie gewahrt worden. Dies betrifft insbesondere die Schäden, die den Auslandsdeutschen durch geschäftliche Sondergesetze nach englischen Muster zugefügt worden sind und andererseits die Entschädigungen für völkerrechtswidrige Gewaltakte durch Bevölkerung und Behörden. Unter dem ersten Punkt fallen die durch die Beaufsichtigung, Verwahrung, Verwertung und Liquidation zugefügten Schäden, unter dem zweiten das durch Internierung, Verschickung nach Sibirien und das Vorgehen ungetreuer Verwalter geschene Unrecht. Die durch gegenwärtige Geschwundenstände hervorgerufenen Vermögensverluste sollen durch Entschädigung gutgemacht werden, soweit nicht Restitution möglich ist. Und zwar hat die Rückgabe zu erfolgen, wenn auch die betreffenden Vermögensgegenstände in die Hände Dritter übergegangen sind. Dem sollen alle unrechtmäßigen Gewaltakte von Behörden und Bevölkerung gleichstehen. Dem Einwand der ukrainischen Delegation, daß nicht sie, sondern die zarische Regierung die Verantwortung für die Gewaltakte träge, ist insofern entgegengekommen worden, als ihnen Zeit zur Auseinandersetzung mit der russischen Republik gelassen und festgesetzt worden ist, daß die endgültige Auseinandersetzung erst spätestens beim Friedensschluß erfolgen soll. Aus dem Erzielten werden die Deutschen im Auslande erfahren, daß wir ihre Klage nicht vergessen haben, sondern ihrer eingedenk gewesen sind.

Bestreits der Staatsverträge ist vereinbart worden, daß alle alten Verträge einseitigen in Kraft treten und mindestens 9 Monate bestehen sollen, bis man sich darüber schlüssig wird, ob sie zu ändern sind.

Inseer Vorläge über Wiederherstellung der Privatrechte, die in jahrelanger Arbeit zwischen den Ressorts und den Interessentenverbänden ausgearbeitet worden sind, sind von den Ukrainern in der vorsehensgemäßen Form angenommen worden.

Bestreits des Ausmaßes von Kriegsgefangenen und Zivilinternierten hat man sich im Prinzip geeinigt. Die Einzelheiten müssen den Kommissionen überlassen bleiben.

Unter dem Kapitel „Fürsorge für Rückwanderer“ ist Fürsorge für die deutschen Kolonisten in Südrussland getroffen worden. Sie haben Garantien dafür erlangt, daß wir unsere Volksgenossen an uns ziehen können. Es ist festgesetzt worden, daß sie auswandern und ihr Vermögen mit sich nehmen dürfen. Auch dürfen sie, selbst wenn sie die deutsche Staatsangehörigkeit noch nicht wieder erlangt haben, mit deutschen Diplomaten und Familien

in Verkehr treten. Ebenso haben wir durchgesetzt, daß die deutschen Kolonisten in gleicher Form von der Ukraine für die erlittenen Schäden entschädigt werden, wie die ukrainischen Staatsangehörigen.

Außer Bestimmungen über Kinnreie-Erlaß sind in den Verträgen Abmachungen über die Wiederherausgabe in die Gewalt des Segners gestener Kauffahrteischiffe getroffen. Die in den Häfen des Schwarzen Meeres in die Gewalt der Ukraine geratenen deutschen Kauffahrteischiffe sollen ausnahmslos zurückgegeben werden.

Die einzelnen Artikel des Hauptvertrages werden ohne Widerspruch genehmigt.

Abg. **Müller-Weinigen** (Sp.) und Abg. **Dr. Jund** (natl.) sprechen sich lobend über die juristische Qualifikation des Friedensvertrages aus. Abg. **Müller-Weinigen** hätte die Aufnahme eines Schiedsgerichts-Paragrafen gewünscht, um Zweifelsfragen auf diese Weise zu erledigen.

Bei Artikel 3 des Zusatzvertrages, der sich auf die Ratifikation der Verträge bezieht, schneidet Abg. **Dr. Cohn** (Unabh. Sos.) die Frage der Auslieferungsverträge an, die längst nicht mehr zeitgemäß sind. Sollen diese Verträge auch mit der Ukraine angewendet werden? Gehheimer Rat **Kriege** antwortet, daß die Auslieferungsverträge auf moderne Grundlagen gestellt werden sollen, und zwar soll das mit aller Bestimmtheit geschehen. — In längeren Auseinandersetzungen führte die Frage, ob die Ukraine Entschädigung leisten muß, falls sie Boden einreignet, der Ausländer gehört. Insbesondere kämen dabei Polen in Betracht, die im Königreich Polen wohnen, aber z. B. auch im Gouvernement Chelm Grundbesitz haben. Es wird erklärt, daß protokolllarisch festgelegt ist, daß Deutsche in diesem Fall entschädigt werden müssen. Allerdings ist diese protokolllarische Erklärung nur einseitig erfolgt und trägt daher mehr den Charakter einer Rechtsverwahrung.

Die weiteren Kapitel wurden ohne wesentliche Debatte erledigt.

Abg. **Dr. Jund** (natl.) erörtert dann die Frage, ob der Vertrag der Zustimmung des Reichstags bedürfe.

Diese Frage sei zu bejahen, denn ein Teil der Fragen erfordert unbedingt die Zustimmung des Reichstags, so z. B. die handelspolitischen Abmachungen. Diese Fragen können aber nicht von den anderen getrennt werden, deshalb müßten die Verträge dem Reichstag als Ganzes vorgelegt werden.

Abg. **Gröber** (S.) teilt dieser Auffassung bei, denn man könne die Verträge nicht einfach auseinanderrücken. Diese Verträge haben eine solche Bedeutung, daß der Reichstag nicht übergangen werden kann. Wenn 1871 anders verfahren wurde, so sei nicht zu übersehen, daß wir heute doch in ganz anderen Zeiten leben.

Abg. **Graf Westarp** (L.): Nach Artikel 11 der Reichsverfassung bedürfen der Zustimmung des Reichstags nur die Punkte, die in die Reichsgesetzgebung eingreifen. Diese Trennung ist nicht nur möglich, sondern direkt geboten. Das Recht, Frieden zu schließen, steht einzig dem Kaiser zu. In diesem Friedensvertrag ist die Sache ohne Bedeutung, bei anderen Verträgen aber kann sie von Bedeutung sein. Der Reichstag kann Stellung nehmen zu den Friedensverträgen, aber die Entscheidung darf nicht in seinen Händen liegen.

Abg. **Dr. Südekum** (Sos.): Diese Beweisführung geht fehl. Der Kaiser ist zum Abschluß solcher Verträge berufen, aber das schließt nicht aus, daß andere Körperschaften mit herangezogen werden. Der Kaiser hat 1906 dem Zaren den Rat gegeben, sich für den Frieden mit Japan der Zustimmung der Volksvertretung zu versichern. Damit hat er selbst den erforderlichen Kommentar gegeben.

Abg. **Müller-Weinigen** (Sp.) schließt sich dem an, schon deshalb, weil solche Verträge nicht in einzelne Teile zerlegt werden können.

Abg. **Gröber** (S.) weist gegenüber dem Grafen Westarp darauf hin, daß solche Verträge nur an Wert gewinnen können, wenn sie von der Zustimmung der Volksvertretung getragen sind. Die Verträge müssen in ihrem vollen Umfange dem Reichstag vorgelegt werden.

Abg. **Graf Westarp** (L.) hält daran fest, daß solche Verträge der Zustimmung des Reichstags nicht bedürfen.

Abg. **v. Halem** (Dsch. Frakt.) schließt sich dieser Ansicht an. Gehheimer Rat **Kriege**: Wenn ein solcher Vertrag vorgelegt wird, dann kommt damit zum Ausdruck, daß er dem Reichstag als Ganzes vorgelegt werden soll. Dafür sprechen insbesondere auch politische Gesichtspunkte.

Bei der Abstimmung wird der Friedensvertrag gegen die Stimmen der Abgs. **Lebech** und **Brandes** angenommen. Die Polen hatten sich vor der Abstimmung aus dem Saale entfernt.

Weitere Verschlechterung der Wahlrechtsvorlage.

Ein vorläufiger Abschluß.

Unbekümmert darum, daß er den Kernpunkt der Wahlrechtsvorlage in sein Gegenteil verandelt hat, hat der Wahlrechtsauschuß des Abgeordnetenhauses seine Beratungen fortgesetzt, ja er ist sogar zu einem gewissen Abschluß gekommen. Aber ein Blick auf die Beschlüsse lehrt, daß sie wohl für ein gleiches, nicht aber für ein Pluralwahlrecht vaffen, so daß sich große Unstimmigkeiten ergeben. Andere wichtige Fragen sind zwar beraten, aber noch nicht entschieden, sondern einem Unterausschuß überlassen. Die ganze Arbeit, auf die viele Wochen verwendet sind, ist deshalb Stüd- und Nidwert. Aber das mag noch hingehen, man ist vom Dreiklassenparlament schlechtere Leistungen gewöhnt, wenn nicht auch in der letzten Sitzung bei jedem Punkt die Absicht einer weiteren Verlämmerung des Wahlrechts zutage treteten wäre. Der Mehrheit genügt es nicht, daß sie den Kreis der Wahlberechtigten erheblich eingeschränkt und daß sie das gleiche Wahlrecht zu Falle gebracht hat, sie sinnt auf immer neue Mittel, das höchste Recht des Volkes zu verkümmern. Sie will die Wahlpflicht einführen, in der Hoffnung, dadurch der Sozialdemokratie Abbruch zu tun, sie fordert ständige Wählerlisten nach Art der Landgemeinde- und Städteordnungen, um die Arbeiter, die durch die wirtschaftlichen Verhältnisse zum häufigen Wechsel ihrer Arbeitsstätte gezwungen sind, noch weiter zu entziehen, sie beantragt die Verhältniswahl, aber nicht allgemein, sondern nur dort, wo die Sozialdemokraten und die Polen dadurch geschädigt werden. Und das nennt sich Wahlreform. Vielleicht gelingt es dem Unterausschuß, der jetzt zunächst weiterzuarbeiten hat, noch andere Verschlechterungen auszuwickeln. Es fragt sich nur, ob die Wähler sich das auf die Dauer gefallen lassen.

In der Donnerstagsitzung des Landtagsauschusses für die Verfassungsvorlage beantragten die Konservativen, einen neuen § 31 einzufügen. Hiernach soll jeder Wähler

verpflichtet sein, seine Stimme abzugeben und nur ernste Erkrankung, unausschiebbare und wichtige Geschäfte und sonstige besondere Verhältnisse sollen davon erlösen. Wer unentschieden seine Stimme nicht abgibt, soll die halbe Einkommen-

Neuer, mindestens aber 10 M. Strafe zahlen. Wegen die Höhe ist Weisung beim Regierungspräsidenten zulässig.

Der nationalliberale Wahlpflichtantrag legt die Strafe auf 1-50 M. und auf den dreifachen Steuerbetrag fest.

Minister des Innern Dr. Dreyer bezeichnet die Wahlpflichtfrage als eine reine Zweckmäßigkeitsfrage. Die Festsetzung der Entschuldigungsgründe werde immer schwierig sein. Die Regierung sei in erster Linie gegen die Wahlpflicht, wolle der Ausübung sie aber einführen, so sei der konservative Antrag vorzuziehen.

Ein Fortschrittler wünscht, daß die Wahlen stets an einem Sonntag stattfinden, weil dann die geschäftlichen Abstellungen auf ein Mindestmaß sinken. Damit man sich über die Folgen klar werden könne, stimmen die Fortschrittler auch für den Grundsatze der Wahlpflicht.

Gegen die Stimmen des Sozialdemokraten und des Polen spricht sich der Ausschuss grundsätzlich für die Wahlpflicht aus und überweist die vorliegenden Anträge einem Unterausschuss.

Ein konservativer Antrag auf Aufhebung ständiger Wählerlisten

wird der Sozialdemokrat entgegen. Dieser Antrag laufe wiederum auf eine Schmälerung des Wahlrechts für große Teile der Bevölkerung hinaus, namentlich werde das fluktuierende Element dadurch geschädigt, denn wenn ständige Wählerlisten eingeführt werden, so wird die Folge die sein, daß jemand, der zwar sonst alle Voraussetzungen des Gesetzes erfüllt, aber am Tage der Ausübung der Listen noch kein Jahr in der Gemeinde wohnt, sein Wahlrecht verliert, obwohl er am Tage der Wahl selbst die Vorbedingung der einjährigen Aufenthaltsdauer erfüllt hat. Im übrigen werde den Gemeinden daraus ein ungeheures Maß von Arbeit erwachsen, wenn sie neben den Gemeindevählerlisten noch fortlaufend besondere Landtagswählerlisten aufstellen müssen.

Ein Ministerialdirektor berichtet, daß er bei seinen zahlreichen Revisionen nach niemals eine richtig aufgestellte Gemeindevählerliste gefunden habe.

Auch diese Frage wird dem Unterausschuss überwiesen. Darauf werden die wahlrechtlichen Bestimmungen der §§ 5-14 angenommen, nur § 14 wird durch einen nationalliberalen Zusatzantrag dahin geändert, daß jeder Wähler so viel Stimmzettel abzugeben hat, wie ihm Stimmen zustehen. Ein fortschrittlicher Antrag, der die Wählbarkeit wie bisher schon noch ein höherer Staatsangehörigkeit entziehen lassen will, während die Regierungsvorlage drei Jahre fordert, wird abgelehnt.

Der Minister des Innern erklärte im Laufe der Debatte, daß die

Regierung als Gegnerin des Inkassowahlrechts selbst keine Veranlassung habe, Anträge zu stellen, sie sei aber bereit, Auskunft zu geben, in welcher Richtung infolge des geistigen Beschlusses gesetzgebende Änderungen erforderlich seien.

Ein nationalliberaler Antrag, wonach an der Bewegung verbundene kriegsbeschädigte Wähler auf Kosten der Gemeinde in das Wahlkol zu befördern sind, wird dem Unterausschuss überwiesen.

Manuskript wird die

Frage des Verhältniswahlrechts

besprochen. Ein fortschrittlicher Antrag will, wenn mehr als 200 000 Einwohner auf einen Abgeordneten kommen, für jede weiteren angefallenen hunderttausend Einwohner ein neues Mandat schaffen. Für Berlin mit 20 Abgeordneten, die Regierungsbezirke Posen mit 19, Bromberg mit 10 und Marienwerder mit 13 Abgeordneten sowie in 23 weiteren großstädtischen oder hochstädtischen Wahlkreisen soll die Verhältniswahl eingeführt werden, und zwar entsprechend den im Reich vorgeschlagenen Proportionsbestimmungen.

Ein nationalliberaler Antrag will die Verhältniswahl für alle Wahlbezirke mit mehr als zwei Abgeordneten und für gemischtsprachige Wahlkreise einführen, sofern mehr als ein Abgeordneter zu wählen ist. Für die kleineren Wahlbezirke soll das derzeitige Verordnungsverfahren überlassen bleiben. Als gemischtsprachig gilt ein Wahlbezirk, wenn nach dem Ergebnis der letzten Volkszählung wenigstens ein Fünftel der Bevölkerung nicht deutsch als Muttersprache spricht. Dieser Antrag wird dahin begründet, daß auch die Winderheiten vertreten sein müssen.

Ein fortschrittlicher Vorschlag aus, daß seine Forderung geleisteter Meinung darüber sei, ob der Proporz für den ganzen Staat eingeführt werden solle. Es gäbe Fälle, in denen eine große Winderheit unzureichend sei, besonders in großen Industriezentren und gemischtsprachigen Gegenden. Das System müsse sich an die neue Reichstagsvorlage anlehnen.

Minister des Innern Dr. Dreyer: Die Gründe für die Verhältniswahl haben sicherlich ein bedeutendes Gewicht, die Regierung dürfte geneigt sein, sich ihnen anzuschließen; nachdrücklich wird das bisherige System wie im Reich anzuwenden sein. Angebracht erscheinen die Verhältniswahlen dort, wo es sich um sehr dichtbesiedelte Wahlkreise handelt, um so erheblichen Winderheiten Gelegenheit zu geben, daß sie unter normalen Verhältnissen einen Abgeordneten wählen dürfen. Für die gemischtsprachigen Gebiete erscheint die Verhältniswahl besonders angebracht.

Ein konservativer betont, daß keine Partei die allerersten Bedenken für das Verhältniswahlrecht habe, auch ein Zentrumredner hat sehr große Bedenken.

Der Sozialdemokrat erklärt, daß die Sozialdemokratie in ihrem Programm das Verhältniswahlrecht fordere, aber die Verhältniswahlen ganz allgemein und nicht etwa nur für bestimmte Bezirke. Die Vorlage, die ausschließlich dem Reichstag unterbreitet sei, bedente einen Schritt zur Erreichung dieses Zweckes. Der nationalliberale und der fortschrittliche Antrag dagegen seien ganz anders zu bewerten, denn sie wollen die Verhältniswahl nur dort einführen, wo die Polen die Mehrheit haben und die Deutschen in der Winderheit sind, gleichwohl dort, wo in dichtbesiedelten Wahlkreisen die bürgerlichen Parteien in der Winderheit sind. Es handle sich also ganz zweifellos um

ein Ausnahmefolge.

Wolle man den Ansätzen diesen Charakter nehmen, dann müsse man die Verhältniswahlen auch dort einführen, wo die Sozialdemokraten eine große Winderheit bilden.

Nachdem noch ein Fortschrittler erklärt hatte, der Antrag seiner Partei sei kein Ausnahmefolge gegen die Polen, sondern nur von sachlichen Gesichtspunkten ausgehend, gingen die Anträge an den Unterausschuss, der auch die Wahlkreisabteilung vorbereiten soll.

Damit sind die Arbeiten des Verfassungsausschusses vorläufig zu Ende. Je nach dem Stande der Arbeiten des Unterausschusses wird die nächste Sitzung einberufen werden. In der nächsten Woche tritt das Plenum des Abgeordnetenhauses wieder zusammen.

Gewerkschaftsbewegung

Über 100 000 Mitglieder.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verein hat, wie aus dem Ergebnis der Erhebungen über die Mitgliederbewegung vom 27. Januar bis zum 2. Februar 1918 hervorgeht, nunmehr das vierzigste Hunderttausend überschritten. Die neueste Nummer der „Metallarbeiter-Zeitung“ betont hierzu:

„Unser unter den Waffen stehender Kollege möge aus dieser Tatsache von neuem die Überzeugung schöpfen, daß sie am hoffentlich bald eintretenden Ende des Krieges in eine unerschütterte bestehende

Gewerkschaft zurückkehren können, die imstande ist, sich ihrer Wünsche und Forderungen mit aller Tatkraft anzunehmen. Und wahrlich, Arbeit wird es genug geben für den Deutschen Metallarbeiter-Verein! Sie wird um so leichter werden, je stärker, je mehr nach außen und innen gefestigt der Verband besteht. Darum auf, mit frischer Tatkraft, daß bald die halbe Million Mitglieder wieder erreicht werde!“

Die Angestellten der Firma Voetve u. Co.

Beschäftigten sich in einer von dem vereinigten Angestelltenverbanden einberufenen Versammlung mit der Tätigkeit des Angestellten-Ausschusses. Nach einem Bericht des Ausschusses über die Verhandlungen mit der Direktion besprach Krüger vom Verband der Durechnungsstellen das Verhalten der Direktion gegenüber den Wünschen der Angestellten. Dieselben verlangen eine Erhöhung der allgemeinen Teuerungszulage und der Gehälter der kaufmännischen Angestellten. Die Teuerungszulagen sind niedriger als in den meisten größeren Industriebetrieben, und daß auch die Gehälter der kaufmännischen Angestellten den berechtigten Ansprüchen nicht genügen, wurde an zahlreichen Beispielen nachgewiesen. Es gibt noch Angestellte mit 70 M. Gehalt und ein 30jähriger Angestellter bezieht ein Gehalt von 110 M. Ferner wünschen die Angestellten, daß eine Herabsetzung oder Entziehung der Teuerungszulage nur nach dreimonatlicher Kündigung erfolgen kann. Die Direktion hat sämtliche Wünsche der Angestellten abgelehnt. Sie hält das jetzige Einkommen der Angestellten für ausreichend. Bezüglich der Kündigung der Teuerungszulage verlangt sie Vertrauen von den Angestellten. Sie werde ihnen die Teuerungszulage geben, solange die Teuerung bestehe. Die Direktion habe ja den Kriegsteilnehmern auch die Unterhaltungen nur für eine bestimmte Zeit zugesichert, jedoch bisher immer weitergezahlt. Wie sehr die Direktion das Vertrauen der Angestellten verdient, zeigte sich dann sehr schnell. Wegen des Protokoll der Sitzung des Ausschusses mit dem Direktionsvertreter hatte der Ausschuss Einspruch erhoben, weil dasselbe zwar die Ausführungen des Direktionsvertreter, aber nicht die Ausführungen der Angestelltenvertreter enthält. Eine Stunde nach Abgabe dieses Einspruches erhielten neun von den vierzehn Ausschussmitgliedern und Erlaubnis die Aufforderung von der Direktion ihr Amt niederzulegen, da ihr Einkommen den Betrag von 1000 M. jetzt übersteige und sie deshalb die Wählbarkeit verloren hätten. Dieses Verlangen ist jedoch unberechtigt, weil der Reichsgerichtsspruch für das Pfändungsverbot im Einklang mit dem Kriegsdienst und den anderen zuständigen Behörden besteht, daß die einmal gewährten Vorteile bei Lebenslangem der 1000-Mark-Grenze nicht auszuweichen brauchen. Außerdem wurde der Mann das Ausscheiden in eine andere Abteilung freigegeben, angeblich, weil von seinem Stellungswortlicher Beschwerden gegen seine Arbeit vorliegen. Das Verhalten der Firma wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Die Forderung der Unterfertigung an die Kriegsteilnehmer beweise gar nichts, denn es wäre ja noch schöner, wenn eine Firma, die aus den Kriegsgewinnen 82 und 85 Proz. Dividende zöble, nicht einmal die Familien der eingezogenen Angestellten unterstützen wolle. Wenn die Firma veruche, in die Einigkeit der Angestellten einen Keil einzuschlagen und die energische Vertretung der Angestellteninteressen zu verhindern, so müßten die Angestellten mit aller Entschiedenheit hinter ihren Vertrauensmann stehen. An den mit großem Verfall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine kurze Ansprache; alsdann wurde nachstehende Entschließung einstimmig angenommen:

Die äußerst zahlreiche Besuchte Versammlung der Angestellten der Firma Voetve bedauert, daß die Direktion gegenüber den Wünschen der Angestellten kein Entgegenkommen gezeigt hat. Das Einkommen der Angestellten entspricht aber in keiner Weise den Teuerungsverhältnissen. Der Angestelltenausschuss wird daher beauftragt, den Schlichtungsausschuss anzuregen und zu versuchen, dort eine Einigung über eine Erhöhung der Gehälter und Teuerungszulage herbeizuführen. Die Versammlung protestiert gleichzeitig gegen die Verluste der Firma, den Angestelltenausschuss zu zwingen und fordert die Vertreter auf, ihr Amt unter allen Umständen weiter zu versehen.“

Die Leipziger Gewerkschaften.

Aus dem Bericht des Leipziger Gewerkschaftsverbandes führten wir die Zahlen über den Rückgang der Mitgliederzahl der Leipziger Gewerkschaften im Jahre 1917 an. Die „Leipziger Volkszeitung“ betont nun, dieser Rückgang sei nur scheinbar, hervorgerufen durch die Abplitterung vom Kartell, in Wahrheit hätten die Leipziger Gewerkschaften gegenüber dem Vorjahr 4000 Mitglieder gewonnen. Selbst wenn die Angaben der „L. V.“ richtig sind, bleibt die Tatsache der Zerplitterung und einer erheblichen Schwächung der Leipziger Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1917 als Schuld der Unabhängigen bestehen.

Verbandung der Württler.

Vorstand und Ausschuss des Württlerverbandes kamen zum 17. Juni nach Stuttgart zum 13. Verbandstag ein. In dem Anwesen an die Verbandstagesleiter wird der Meinung Ausdruck gegeben, daß nach menslichem Ermessen der Krieg sich wohl in seiner letzten Phase befinde und daß diese Erkenntnis dazu zwingt, diejenigen Maßnahmen und Einrichtungen zu treffen, die notwendig sind, um den Verband mit Kriegsende widerstandsfähig und schlagfertig zu gestalten.

Die Kriegsteuerzulage — ein Teil des Lohnes.

Eine Entscheidung, die weitere Kreise interessieren dürfte, wurde am 19. Februar von dem Schlichtungsausschuss beim Bezirkskommando Augsburg getroffen. In der Spinnerei am Stöckbach in Augsburg wird seit längerer Zeit infolge Mangel an Rohmaterial mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet. Von den Arbeitern für den erzielten Winderdienst einen Ausgleich zu bieten, gewährte die Direktion eine Kriegsteuerzulage von 4 M. pro 14tägigen Jahrlage und eine Kinderzulage von 3 M. pro Arbeitsstunde. Obwohl das Unternehmen einen sehr günstigen Geschäftserfolg erzielt hat — es verteilt die reichlichen Abschreibungen und Rücklagen 10 Proz. Dividende — wurde den Arbeitern vor einiger Zeit, nachdem inzwischen ein Wechsel in der Betriebsleitung eingetreten war, sowohl die Kriegsteuerzulage wie auch die Kinderzulage entzogen.

Der Versuch der Arbeiter, die Direktion zur Abgängigmachung dieser Zulage zu bewegen, blieb erfolglos, so daß sie den Schlichtungsausschuss betreten. Nach mehrstündiger Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss erließ dieser folgenden Schiedsspruch:

„Wenn auch anerkannt werden muß, daß die Lohnsätze der Baumwollspinnerei am Stöckbach in Augsburg nicht niedriger sind, als jene in anderen ähnlichen Betrieben in Augsburg, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß die Arbeiter der Baumwollspinnerei wegen nicht immer vorhandener voller Beschäftigung und Verdienstmöglichkeit nicht imstande sind, die in der Lohnaufstellung pro Jahrlage ausgewiesenen Beträge regelmäßig zu verdienen. In Anbetracht der noch bestehenden außerordentlichen Teuerungsverhältnisse wird der Direktion der Baumwollspinnerei am Stöckbach dringend nahegelegt, bis zum Wiedereintritt geordneter Arbeitsverhältnisse und günstigerer Lebensbedingungen die bisher freiwillig gewährten Teuerungszulage- und Kinderzulagen weiter zu bezahlen.“

Vorbereitung der Wiener Metallarbeiter. In monatlichen Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Organisationen in den Wiener Metallbetrieben wurden unter Mitwirkung der im Reichsmilitär Teuerungszulage 20 prozentige Aufschläge auf die ursprünglichen Akkord- und Zeitlöhne durchgesetzt. Jedoch gilt das nur für Bodenverdienste bis 120 Kronen, bei höherem Verdienst wird der Aufschlag geringer, darf aber nicht unter 5 Kronen wachsend betragen. Die bisher nur bis zum Bodenverdienst von 180 Kronen gewährte Familienzulage wird fortan allen Arbeitern ohne

Ausnahme gewährt. Sämtliche Winderlöhne werden um 50 und 100 Proz. erhöht, die Grundlöhne der Akkordarbeiter werden erhöht. Der neue Vertrag läuft bis zwei Monate nach Friedensschluß. Die Hauptvertrauensmänner haben den Abmachungen, die für mehr als 100 000 Arbeiter gelten, bereits zugestimmt.

Parteinachrichten.

Schärfste Kritik der Unabhängigen von links.

Die Bremer „Arbeiterpolitik“, das Organ der Spartakusliste, nimmt sich wieder einmal die Unabhängigen vor:

„Im Mittelungsblatt“ der Unabhängigen wechseln persönliche Verunglimpfungen und gewalttätig formulierte Gegenseitigkeiten miteinander ab. Inwiefern wirken die Aufsätze der Unabhängigen wie eine Satire auf die eigene Bewegung. Vergessen doch die Kritiker in der Hitze des Geistes oft ihre eigene Vergangenheit.“

So ist heute z. B. für sie die Kriegskreditverweigerung eine Selbstverständlichkeit. In ihren Epstein über die Unabhängigen lesen wir immer wieder, daß diese Verräter am Sozialismus geworden aus bloßem Eigennutz, aus purem Organisationsinteresse. Dann schlagen sie an ihre Brust und rufen: seht, unter Ehrenschilb ist blank.“

Aber haben nicht die parlamentarischen Vertreter der Unabhängigen — mit einziger Ausnahme von Karmert — ein über das andere Mal die Kredite bewilligt? Haben nicht die Hoffmann und Ledebour in Zimmerwald mit allen Mitteln die Resolution der Linken bekämpft, die die Abgeordneten verpflichten wollte, von nun ab die Kriegskredite zu verweigern? Und stehen die Unabhängigen nicht heute noch auf dem Boden der Vaterlandsverteidigung? Wie haben sie sich benommen gegenüber denen, die den Austritt aus der alten sozialdemokratischen Partei proklamierten? Gebrauchen sie damals den „Disziplinärein“ gegenüber nicht dieselben Argumente, mit denen die Abhängigen operierten?

Von alledem wird heute natürlich in der Presse der Unabhängigen nicht gesagt. Denn da würde sich ja immer wieder zeigen, daß wirklich große Gegensätze zwischen ihnen und den Abhängigen gar nicht vorhanden sind, daß all ihre Entrüstung nur Pose ist, ihr Radikalismus nur ein neuer Mantel, den sie sich umgehängt haben.“

Die Unabhängigen vertrauen darauf, daß Spartakus' Stimme unter dem Anhebel des Krieges ungehört erlischt wird; sie lästern sich wohlweislich, auch nur ein schüchternes Wort der Abwehr gegen die immer heftiger werdenden Angriffe von links zu wagen.

Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Hirsch-Kupfer-Werke haben in einer am Mittwoch abgehaltenen Generalversammlung ihr Kapital auf 30 Millionen Mark verdoppelt. Davon dienen 7,5 Millionen Mark zum Austausch einer Hönningen- gegen eine Hirsch-Kupfer-Aktie. In der vorausgegangenen Generalversammlung der Chemischen Fabrik Hönningen wurde die Verschmelzung mit der Notwendigkeit begründet, für dieses Unternehmen Anschluß zur Stabilisierung der Dividende zu suchen. In der Generalversammlung der Hirsch-Kupfer-Werke führte dann Herr Aron Hirsch aus: Die Verwaltung der Hirsch-Kupfer-Werke hat seit vielen Jahren beobachtet, wie sich das Reinickendorfer Werk der Chemischen Fabrik Hönningen gänzlich entwickelte, und so war entschlossen, als Hönningen seine chemische Abteilung abgetrennt hatte, deren Reinickendorfer Werk zu erwerben und es als selbständigen Betrieb fortzuführen zu lassen. Das Fabrikationsprogramm Reinickendorfer abteilt dem der Messingwerke von Hirsch. Auch kam es der Hirsch-Verwaltung darauf an, ihr Berliner Hauptgeschäft durch die jetzt neu erworbene Reinickendorfer Abteilung schnell und auskömmlich belassen zu lassen. Schließlich stellt Reinickendorfer auch eine Reihe von Spezialerzeugnissen her, die für die Hirschgesellschaft eine wichtige Ergänzung ihres Arbeitsgebietes darstellen. Dadurch, daß Hönningen erst vor kurzem seine chemische Abteilung mit gutem Nutzen abgetrennt hat, sind diesem Unternehmen erhebliche Vorteile zugeflossen, die nun in Höhe von etwa 9 Millionen Mark bei der Uebernahme der Gesellschaft den Hirsch-Werken zugute kommen. Dazu kommen noch die großen stillen Reserven und die erheblichen Effektenposten Hönningen. Von den vorgeschlagenen Kapitalerhöhung um 15 Millionen Mark dient, wie bekannt, nur die Hälfte zum Erwerb von Hönningen. Die restlichen 7,5 Millionen Mark sind, wie der Vorstand weiter ausführte, in Betracht der stetigen Vergrößerung des Geschäfts nötig, um die Gesellschaft kapitalkräftig zu erhalten. Hierbei spielt das sehr umfangreiche Bauprogramm eine Rolle, in dem für das Oberwald-Refiningwerk eine Anlage vorgesehen ist, wie nie die engere deutsche Industrie bisher noch nicht aufzuweisen hat (Aluminiumwerk). Auch die bekannten Beteiligungen in Bayern haben erhebliche Kapitalbeteiligungen nach sich gezogen, die ziffermäßig erst im neuen Jahre in die Ertragsrechnung treten werden. Alles in allem sollen also die neuen Mittel keineswegs nur wichtigen Kriegszwecken, sondern vor allem auch für die Friedensarbeit der Hirsch-Kupferwerke verwandt werden. Der Aufsichtsratsvorsitzende, Kommuneirat Willington-Hermann, teilte mit, daß der Abschluß der Hirsch-Kupfer-Werke für das Jahr 1917 bereits fertiggestellt ist und ein sehr gutes Bild zeigt. Die Verwaltung wird der ordentlichen Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von wiederum 20 Proz. vorschlagen.

Die Generalversammlung der Hirsch u. Grande A. G. in Berlin legte die Dividende auf 14 Proz. fest. Nach Mitteilung des Vorstandes ist das Ergebnis des abgelaufenen Jahres durchweg günstiger gewesen als das der vorhergehenden Kriegsjahre, obwohl die allgemeinen, durch den Krieg verursachten Schwierigkeiten eher größer waren. Alle Abteilungen haben mit Erfolg gearbeitet. Der Eingang an Aufträgen war zufriedenstellend. Es hat sich ein Gesamtgewinn von 822 071 (i. V. 578 837) M. ergeben. Zu Abschreibungen werden 213 008 (i. V. 232 473) M. verwendet. Auf Anfrage teilte Direktor Schänder mit, daß die Züge auf Playeinrichtung in nennenswertem Betrage nicht mehr in die Ertragsrechnung treten werden. Die Verwaltung habe zwar noch ein Grundstück angekauft, aber die innere Einrichtung ist so gut wie beendet. Die Playeinrichtung in Wilmersdorf ist vollständig aufgestellt. Das Geschäft im neuen Jahre habe sich bis jetzt nicht ungünstig entwickelt. Wie es sich später gestalten werde, könne man heute nicht beurteilen, da es davon abhängen werde, ob noch weitere, den Betrieb einschneidend berührende Verordnungen erlassen werden.

Die Getreideversorgung der Schweiz. Der Schweizer Bundesrat teilte mit, daß die drohende Getreidenot durch die Stellung holländischer Schiffe für den Transport aus den Vereinigten Staaten und Argentinien gemildert werden dürfte.

Verantwortlich für Politik: Erich Kautner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neudamm; für Anzeigen: Theodor Glade, Berlin. Verlag: Bornsche-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornsche-Verlag, Bornsche-Verlag G. m. b. H., Berlin, Lindenstraße 1. Preis 1 Blatt und Anzeigenschein.